



Gipfeltreffen des Social Business in Berlin mit Muhammad Yunus



INHALT

Editorial - Weltspartag mal anders 3

Soziales

Gipfeltreffen des Social Business in Berlin mit Yunus 4

Mit Social Communities und Viral Spots zu mehr Nachhaltigkeit 9

Erklärung von St. Peter in der Au (26.Oktober 2008) des 4.ASF 11

CSR und Nachhaltigkeit

Regionalzentren – Bildung für Nachhaltige Entwicklung (RCEs) 14

„Dialog“ nur mit sich selbst 17

Wochenrückblick

1. Nachhaltigkeitsbericht der Arcandor AG 19

Erstes virtuelles Kraftwerk von Siemens und RWE Energy 19

Best Case: Globales Sozialunternehmertum 20

Nachhaltige Altersvorsorge von Skandia 21

Offener Brief

der Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich an den Bundeskanzler

Herrn Bundeskanzler 22

EU-Report

Kurzmeldungen 23

Neue Vorschriften über Pestizidrückstände: Verbesserung der
Lebensmittelsicherheit in der EU 31

EU Institutionen vereinbaren gemeinsame Vorgehensweise für eine bessere
Kommunikation mit den Bürgern 33

Gleichbehandlung für alle Leiharbeitnehmer 35

Staatliche Beihilfen: Kommission fordert von Ungarn Ende der
Haftungsfreistellung zugunsten der Käuferin der ungarischen Postabank 36

Grünes Licht für umweltfreundliche, energieeffiziente Fahrzeuge 38

BioMarine: Die integrierte Meerespolitik der EU im Rampenlicht 39

Rechte und Solidarität als Wegweiser für die Globalisierung
Eine Antwort auf die Finanzkrise 41

Bürgerforum „Energie“ der EU Kommission soll Energieverbrauchern in der
EU größere Auswahl und günstigere Bedingungen ermöglichen 43

Strategie Ostseeraum: Kommission startet öffentl. Online-Konsultation .. 45

Europäische Kommission - Strategie- Rohstoffversorgung der EU 47

Herbstprognose 2008-2010: BIP-Wachstum in der EU 50



IMPRESSUM:

Anschrift: Glocalist Medien, Bechardg.
16/20, 1030 Wien.

Tel: +43/1/710 16 46

Glocalist Medien - Berlin:

Rolandufer 13, 10179 Berlin-Mitte

Tel: +49/30/4005455-0

Fax: +49/30/4005455-20

Web: www.glocalist.com

Verleger/Eigentümer: „arbeitsraum-
philosophie“ agentur für analoge und
digitale kommunikationswirtschaft
GmbH

Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer:

office@glocalist.com

Chefredaktion:

Mag.(FH) Ing. Bettina Dürrheim

chefredaktion@glocalist.com

Anzeigen:

anzeigenleitung@glocalist.com

Abonnement: www.glocalist.com

unter Menüpunkt „Abonnement“.

Bilder: Sofern nicht anders

angegeben: Archiv Glocalist Medien

sowie Autorenbilder

BEIRAT ÖSTERREICH:

Anna Spinka, Industriellenvereinigung

Sigrid Greutter-Kuhn, debra-austria

(Schmetterlingskinder)

Nicholas Hauser, Sekretär der GPA

Kurt Krickler, ist Mitbegründer und

seither Mitarbeiter der Homosexuellen

Initiative (HOSI) Wien

Wolfgang Pekny, Greenpace -

Plattform Footprint

Dieter Schindlauer, Obmann des

Vereins ZARA

Christiana Weidel, Obfrau World of

NGOs

Ernst Kurt Weigel, Freier Autor &

Theatermacher

BEIRAT DEUTSCHLAND:

Michael Assländer, Deutsches

Netzwerk Wirtschaftsethik Martin

Dieckmann, Referent für

Medienpolitik und Medienwirtschaft

beim ver.di-Bundesvorstand Stefan

Nährlich, Geschäftsführer der

Aktiven Bürgerschaft Peter Wahl,

GF „Weltwirtschaft, Ökologie &

Entwicklung – WEED“.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte

und LeserInnenbriefe wird keine Haftung

und Gewährleistung übernommen. Der

Herausgeber und die Redaktion behalten

sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich

gekennzeichnete Beiträge drücken nicht un-

bedingt die Meinung des Herausgebers und

der Redaktion aus und für Beiträge und ihren

Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die

AutorInnen. Unverlangte Sendungen, für die

weder Verlag noch Redaktion eine Haftung

übernehmen, werden nur dann zurückge-

sandt, wenn ausreichend Rückporto beiliegt.

Weltspartag mal anders

Am 30. Oktober war Weltspartag und er entbehrte nicht einer gewissen ironischen wie bitteren Note. Banken halten ihre soziale Verantwortung nicht ein.

Weltspartag ist und der der Sparer darf diesmal wirklich sparen; für die Zukunft, aber nicht für seine eigene, sondern die der Banken.

Die großen Banken stehen Schlange und halten die Hand auf: Der Staat verteilt Geld, viel Geld. In Österreich hat sich die erfolgreichste Bank Österreichs - die ERSTE - nicht geniert, sich für rund 3 Milliarden Euro anzustellen. Dafür verzichtet das Management auf ihre Boni. So viel jenseitigen Zynismus kann man gar nicht mehr beschreiben. Die nächsten großen Banken stehen schon in den Starlöchern wie RZB oder Volksbank in Österreich und auch in Deutschland beginnen die Banken zu rechnen und sehen, dass es sich für sie - und zwar nur für sie - rechnet.

Und dumm wären die Banken, denn der Staat macht kaum Auflagen, droht ein wenig mit dem Finger, aber das war es auch schon. Gehaltseinschränkung? Nebbich: 500.000 Euro auf Lebenszeit. Kein schlechtes Geschäft. Und hat der Staat einmal Geld hergegeben, dann ist es sicher, dass bei der nächsten Schiefelage der Staat wieder aus der Patsche hilft, ja helfen muss. Ein illustres Beispiel liefert dazu dzt. die AUA. Kurz, da spielen Manager in der Sandkiste große Buben unter Schutz der Mutter.

Es ist Weltspartag, freut Euch ihr Banken, heute gibt es wirklich ordentliche Geschenke. Nicht den trögen Kuli und das öde Gummisparschwein, mit welchen man bisher den Sparer für blöd verkauft hat.

Hingegen liest man, dass die Banken versuchen die Zinsen für Privatkredite unter Eingriff in bestehende Verträge zu erhöhen und die Prüfungen für Klein- und Mittelbetriebe zunehmend zu Spießrutenläufe werden: Sprich die Banken halten ihren Teil der sozialen Verantwortung nicht ein.

Derweil sitzt die Politik stumm herum und lässt gewähren, denn sie erhaltet selber viel im Austausch für die Geschenke, die sie gibt auf Kosten der Bürger. Und man muss sich nach wie vor nach der staatlichen Verantwortung fragen, denn offensichtlich haben alle Aufsichten versagt und die Politik hat eben jene "Nicht"-Rahmenbedingungen geschaffen, die diese ungeheure Fehlspekulation erst möglich machte.

Mittlerweile gehen die ersten Staaten bankrott und werden unter IWF Kuratel gestellt: Island und Ungarn. Die Krise hat Europa auf staatlicher Ebene erreicht und ein Dominoeffekt ist nicht mehr auszuschließen, denn über Ungarn und bald Bulgarien und Rumänien kann es Österreich voll erwischen. Und von da aus, ist der Weg nach Deutschland nicht mehr weit. ■



CHRISTIAN NEUGEBAUER,
HERAUSGEBER

Gipfeltreffen des Social Business in Berlin mit Yunus



“Social Business - just try it!”

Es war eine Konferenz der Superlative, die da an der FU-Berlin vom 1.11. bis 2.11, stattfand. Mehr als 1.000 TeilnehmerInnen aus der Welt des Social Business fanden sich ein und Berlin sah einige Weltpremierer. Berlin hat sich so neuerlich als europäische Hauptstadt der Weltverbesserung positioniert. Prominente Fürsprecher und TeilnehmerInnen waren u.a. Hans-Dietrich Genscher, Heiner Geissler und Franz Alt. "Die kriminelle Illusion des Kapitalsimus ist geplatzt", so Heiner Geissler. In Vorbereitung: Die Erklärung von Berlin. Medienpartner wie gewohnt Glocalist Medien.



gel und Michel Anoui als Think-and-Do Tank im Dienste des Social Business.

Berlin ist damit Standort von gleich zwei Pioniereinrichtungen eines neuen Wirtschaftsparadigmas, das Ökonomie in den unmittelbaren Dienst für soziale Entwicklung stellt. Aber es folgt bald die dritte wie auf der Konferenz angekündigt: Die Eröffnung der ersten Grammen bank in Europa, in Berlin. Dies soll in den nächsten kommenden Monaten stattfinden.

Eine Grußnote schickte daher auch der Regierende Oberbürgermeister von Berlin Klaus Wowereit, der den Social Business Ansatz begrüßte wie die Konferenz. gerne hätte man auch seine Anwesenheit gesehen.

Was ist Social Business

„Social Businesses werden allein zum Zweck der Lösung von sozialen und ökologischen Problemen gegründet, nicht zur Gewinnmaximierung“, beschreibt Yunus sein Programm, für das er immer mehr Gründer und selbst große internationale Konzerne begeistert. „Berlin ist genau der richtige Ausgangspunkt für das Grameen Creative Lab. Nach dem Modell der Kooperation mit der FU Berlin werden später ähnliche Kooperationen mit anderen Universitäten in anderen Ländern folgen.“, sp Günther Faltin (Teekampagne und Professor an der FU-Berlin) und Peter Spiegel.

Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus erklärt Berlin beim „Vision Summit“ zum Weltzentrum für Social Business und es wurde das erste "Grameen Creative Lab" der Welt in Berlin gelaucht, welches heute mit seiner Arbeit beginnt: Die Vision ist die Beseitigung der Armut auf dieser Welt und Wohlstand für Alle; global. Leiter des Grameen Lab ist Hans Reitz.

Mit dieser Konferenz wurde aber auch die zweite globale Premiere präsentiert: Das Genisis-Institut rund um Peter Spie-

Yunus verortet in der neuen Unternehmensgeneration von Sozialunternehmen die Chance zu einem neuartigen sozialen

und ökologischen Weltwirtschaftswunder. Die erste Generation von Sozialunternehmen waren Kleinkreditinstitute wie seine Grameen Bank, die inzwischen an 130 Millionen besonders arme Menschen weltweit kleine Existenzgründungskredite vergeben haben. Die zweite Gründerwelle von Sozialunternehmen sucht letztlich auf alle sozialen und ökologischen Fragen ökonomisch funktionierende Antworten. Als weitere Beispiele führte Yunus an, die Abschaffung der Nachtblindheit in Bangladesch oder die Einführung des Grameen Phone, welches heute rund 50% Marktanteil in Bangladesch haltet: Mobiltelefonie für Arme.

Leistungsshow des guten Unternehmertums

Beim Vision Summit waren mehr als 50 erfolgreiche Sozialunternehmer aus aller Welt dabei, die ihre Erfahrungen an die restlichen Teilnehmer aus Stiftungen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen weitergaben. Interessant wie relevant, dass sich Repräsentanten aus den Vorstandsetagen von Danone über BASF bis hin dm oder Solar-Fabrik oder Hess-Natur vertreten waren, um nur einige pars pro toto anzuführen. Social Business traf so die "normale" Wirtschaft, bei welcher man ein massives Umdenken verorten kann.

„Damit soll sich nun das multiplizieren, was bereits die Vorbereitungen zum Vision Summit ausgelöst haben“, meint Peter Spiegel, Leiter des Genisis Instituts: eine Gründungswelle von Sozialunternehmen in Deutschland und Europa. Als Pionierbeispiele führt er den bereits im Juli öffentlich zugelassenen Good Growth Fund an, der Sozialunternehmen fördert, die Social Business Management GmbH, die anderen aussichtsreichen Sozialunternehmen als Inkubator auf die Beine helfen soll, oder das Projekt „Grameen Berlin“. Dort arbeiten deutsche Mikrofinanzexperten an der Übertragung der Erfahrungen der Grameen Bank auf deutsche Verhältnisse. Yunus selbst erklärte sich bereit, hierfür als Coach zu wirken.

Das Konzept des Grameen Creative Lab wurde von Hans Reitz entwickelt, der beim Genisis Institut die Internationale Kommission für Social Business leiten wird und der inzwischen Kreativberater von Muhammad Yunus ist. Das Grameen Creative Lab, das Yunus jetzt mit der FU Berlin etablierte, will vor allem große und mittelständische Unternehmen für die neue Social Business Denkweise gewinnen. Von Seiten der FU wird dieses Projekt von Günter Faltin betreut.



Heiner Geissler

Ein fulminantes Referat hier der vormalige CDU-Generalsekretär Heiner Geissler; in gewohnter Schärfe und Eloquenz rechnet er mit dem Kapitalismus ab: Die Parole müsse lauten, Wohlstand für Alle. Der Kapitalismus sei eine Ideologie: Er habe eine klare Vorstellung - der Mensch habe dem Kapitalismus zu dienen und beherrscht den Menschen. In Wirklichkeit müsse es genau umgekehrt sein, so Geissler. Wirtschaft sei nur Teil des Ganzen, aber eben nicht das Ganze. "Die kriminelle Illusion "Jeder habe für sich selbst alleine zu sorgen" ist vor den Augen der gesamten Welt geplatzt. Wir sind hündisch gekrochen vor der macht des Geldes. "Jeder Sorge für sich selber alleine" ist die menschenfeindliche Haltung des Kapitalismus. Die Begründung der Pflicht zu helfen, gründet sich in der Unantastbarkeit der Würde des Menschen". Geissler erhielt für seine Rede standing ovations.

Vision Awards, Preise und Bücher

Zum Vision Summit gab das Genisis Institut einen „Social Business Guide“ heraus, der die Philosophie sowie erfolgreiche Beispiele von Social Business aus aller Welt vorstellt. Yunus eröffnete dort ferner eine Ausstellung „Die Kraft der Würde“ des Fotokünstlers Roger Richter über die Grameen-Sozialunternehmen.

Der Empfänger des im letzten Jahr erstmals vergebenen Vision Award, Muhammad Yunus, überreichte den diesjährigen Vision Award an die drei Sozialunternehmer Celso Grecco, Gründer der ersten Sozialbörse der Welt in Brasilien, Marcia



DIETER REITMEYER, HANS-DIETRICH GENSCHER



MUHAMMAD YUNUS, MARCIA ODELL

Odell, Leiterin des überaus erfolgreichen WORTH-Programms zur Ausbildung von besonders armen Frauen in Afrika zu selbständigen Unternehmerinnen, sowie an Rodrigo Baggio, der Slumkinder in Brasilien durch die Ausbildung im Umgang mit IT aus der Armutsfalle holte. Den Vision Award für herausragend „soziales Unternehmertum“ übergab Hans-Dietrich Genscher an Dieter Reitmeyer, den Gründer der redi-Group in Langenfeld bei Düsseldorf, der Langzeitarbeitslose wieder bis zur Weltspitze im Ingenieurwesen requalifizierte (sh. dazu Detailbericht auf Glocalist Daily News >> www.glocalist.com/index.php).

Ausblick und die Erklärung von Berlin

Ja, ein Wandel ist möglich und der Vision Summit wie sein Umfeld und das der Ansatz des Social Business nach dem Konzept von Yunus stellt ohne Zweifel einer der Kraftzentren für den Wandel der Welt hin zu Nachhaltigkeit und Demokratie dar. Es wird nun darum gehen in den nächsten Schritten die verschiedenen Kreise zusammenzuführen, wie beispielsweise die Unternehmen der Ökobranche, die kaum anwesend waren, die Bewegung für ein Grundeinkommen, die Bewegung Solidarische Ökonomie, die zahlreichen Netzwerke für Nachhaltigkeit von fairdo über tt30 bis hin faktorN, ebenso die institutionellen Organisationen in Richtung Nachhaltigkeit wie der Rat für nachhaltige Entwicklung oder die NGOs im allgemeinen und besonders die Gewerkschaften, die dieses Thema im Moment völlig zu verschlafen drohen, denn wer wenn nicht die Gewerkschaften sollten sich in die Bewegung für die Aussöhnung von Wirtschaft und Soziales einbringen sollen. Aber auch mit der Wissenschaft, wie sie sich beispielsweise ein Stell-Dich-Ein gab an der Humboldt Universität mit

der 3.CSR Konferenz oder das "Deutsche Netzwerk für Wirtschaftsethik", sollte Vernetzung stattfinden.

Das übergeordnete Thema lautet daher Nachhaltigkeit und Menschenrechte und die Vernetzung wird nur gelingen, wenn man über die Schatten der Stallgerüche und Eitelkeiten wie Supremats- wie Führungsansprüche springen kann - die Ziels sind ja weitgehend ident, jetzt geht es darum die Bewegung für Nachhaltigkeit zu einem gemeinsamen im Sinne der Einheit in der Vielfalt zu formen.

Die Medien werden sich ebenfalls neu aufstellen müssen, wenn nicht, werden sie wohl der Geschichte angehören - hier sind die Medien aus dem Bereich bestens aufgestellt und es wird Aufgabe sein, hier berichtende wie neutrale Plattform für diese neuen sozialen und wirtschaftlichen Bewegungen darzustellen, um die zahlreichen sozialen und wirtschaftlichen Gemeinschaften (Communities) zusammenzuführen und einander sichtbar zu machen. Dafür stehen u.a. die Glocalist Medien.

Als gemeinsame Basis soll in den nächsten Tagen die Erklärung von Berlin dazu verabschiedet werden wie Peter Spiegel gegenüber den Glocalist Medien sagte. Man darf gespannt sein - Now is the time!

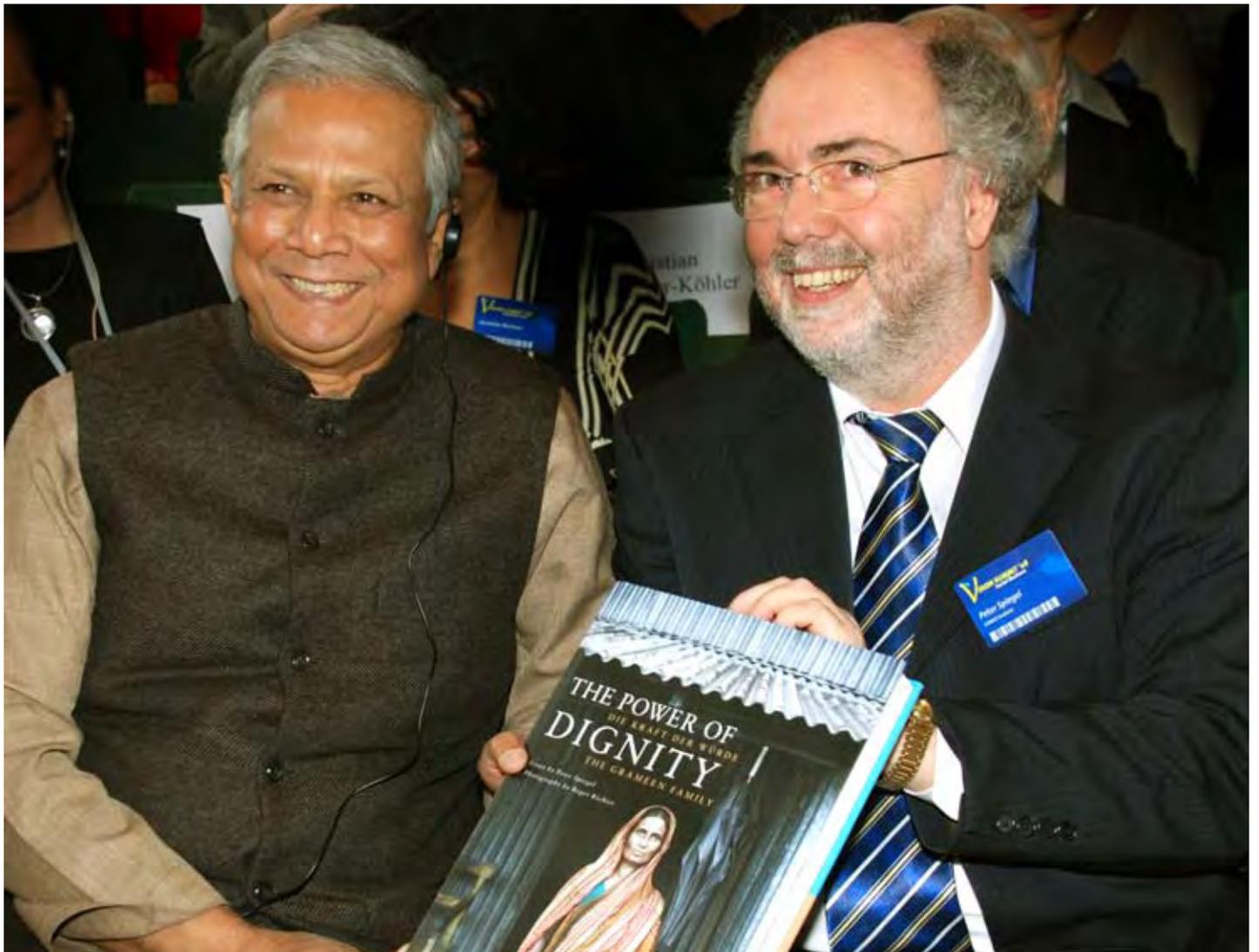
Eine ausführliche Dokumentation wird demnächst in den Glocalist Medien folgen. ■



MUHAMMAD YUNUS, RODRIGO BAGGIO



MUHAMMAD YUNUS, CELSO GRECCO



MUHAMMAD YUNUS, PETER SPIEGEL



BRUTTO
SOZIALPREIS

**„Endlich mal eine
Auszeichnung, für die man
sich nicht schämen muss.“**

DR. HAJO SCHUMACHER

www.bruttonsozialpreis.de

Mit Social Communities und Viral Spots zu mehr Nachhaltigkeit

Maik Eimertenbrink. Der Autor betreibt den Blog www.nachhaltigkeits-guerilla.de

Das Web 2.0 boomt weiter! Noch immer versuchen neue Anbieter wie Over-Blog und Amazee das „Social Networking“ in Deutschland auszubauen – und für sich und damit Geld zu verdienen. Der Werbemarkt im Internet wächst und wächst. Der Online-Vermarkterkreis prognostiziert für das laufende Jahr einen Zuwachs um 25 Prozent auf insgesamt über 3,6 Milliarden Euro.(1) Bei der Vermarktung des Web 2.0. gewinnen auch Konsumenten mit einem „Lifestyle of Health and Sustainability“ (LOHAS) weiter an Bedeutung.(2)

Welche Bedeutung ein nachhaltiger Lebensstil mit strategischem Konsumverhalten bereits hat, beweist zum Beispiel eindrucksvoll Utopia.de, die erste unabhängige Konsumenten-Plattform Deutschlands. Vor fast genau einem Jahr am 8. November 2007 gestartet, erreichte dieses Angebot nach nur zwei Wochen bereits 500.000 Klicks.(3)

Inzwischen sind über 23.000 Mitglieder angemeldet, die sich etwa über umweltfreundliche Tipps austauschen, gemeinsame Aktionen organisieren und aktuelle Ereignisse in Politik und Wirtschaft kritisch beobachten. Nachdem der Burda-Verlag das LOHAS-Magazin „Ivy World“ nach nur zwei Testausgaben im Juli 2008 wieder eingestellt hat, bietet Utopia.de auch dem Online-Archiv dieses Titels eine neue Heimat.(4)

Auch Holger Muster vom Eco-Spot-Projekt „Nachhaltiger Filmblick“ erkannte schnell, welches Potenzial in dieser Plattform steckt. „Als wir im Sommer 2002 unsere ersten Werbefilme für mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit präsentierten, haben wir sie nicht nur in Kinos, sondern auch auf einer eigenen Website gezeigt. Social Communities wie Youtube und MySpace gab es damals noch gar nicht. Inzwischen haben wir aber umgedacht. Wir müssen dahin, wo wir die Leute erreichen – und können nicht darauf warten, dass sie zu uns kommen. Deswegen haben wir sowohl bei diesen beiden Communities als auch bei weiteren wie Utopia.de entsprechende Profile angelegt und treten dort direkt mit Gleichgesinnten in Kontakt.“

Der Erfolg gibt dem Filmblick dabei Recht. Der im März 2008 unter anderem auf Youtube.de/filmblick veröffentlichte und nur über Mund-zu-Mund-Propaganda viral gestreute Spot „Lehrer hat Flugwut“ wurde seitdem von über 2.500 Besuchern angeschaut. Das klingt erstmal wenig. Der fast zweimi-

nütige, von der Solon AG produzierte Beitrag „CO2 Is Bad“, der mit vielen weiteren kleinen Viral Spots sowie einer eigenen Website unter Game-over-co2.com unterstützt wird, hat nach gut anderthalb Jahren Präsenz dagegen gerade mal halb soviel Aufmerksamkeit erhalten.

Auf immerhin gut 6.200 Klicks hat es dafür der Videoclip „Gefährliche Liebschaften – Für eine Zukunft ohne Gift“ vom BUND mit Kurt Krömer und Anna Thalbach innerhalb von fast zwei Jahren geschafft. Der Viral Spot „Screensaver“ von Job-sintown.de, der diesjährige Silbergewinner in der Kategorie „Digitale Medien: Viral“ beim Wettbewerb des Art Directors Club, hat bisher auch gerade mal 9.000 Aufrufe erzielt.(5)

Das heißt allerdings nicht, dass sich das Medium der Virals bereits wieder abgenutzt hat. Virale Spots funktionieren, aber sie verbreiten sich nicht von allein. Es braucht aber eine Initialzündung, damit die Leute gute Ideen würdigen und sie bereitwillig anderen weiterempfehlen. Nur, wer auf sich aufmerksam macht, findet mit seiner Botschaft auch Gehör.

„Virals müssen so gut sein, dass sie die magische Schwelle des Weiterleitens überschreiten. Mund zu Mund-Propaganda ist (fast) alles was zählt.“ sagt Lukas-C. Fischer von Zucker.Kommunikation. Die Berliner PR-Agentur veranstaltet zusammen mit Interfilm 'Forward – The International Viral Video Award'. Es ist der erste Wettbewerb für virale Filme in Deutschland(6) und läuft im Rahmen des '24. Internationalen Kurzfilmfestivals Berlin', das Anfang November in Berlin stattfindet. Über 500 Filmemacher sind dem Aufruf gefolgt, ihre Werke einzureichen.

Lukas-C. Fischer von Zucker.Kommunikation: „Wie der Name schon sagt, geht es bei Virals vor allem um den Verbreitungsweg. Wer sich wie ein Virus durchs Netz bewegt, kann sozusagen eine digitale Epidemie auslösen und seine Botschaft im Netz verbreiten. Viele Marketingchefs träumen von einer solchen Verbreitung ohne hohe Schaltkosten, viele Werbeagenturen nennen inzwischen jeden fürs Netz gemachten Spot einen „viral“. Eine trügerische Bezeichnung. Auch wenn viele darauf hoffen, dass ihr Spot eine virale Wirkung hat – schaffen tun es die wenigsten.“

Ein erfolgreiches Beispiel für einen gelungenen Viral ist der Eisbären-Spot (<http://www.dot-films.com/rettet-die-eisbaeren/>). Der Film zeigt einen Eisbären, dem aufgrund globaler Erwärmung der Lebensraum wegschmilzt. Der Film wurde von dot-films hergestellt und verbreitet. Stephan Longin von dot-films: „Der Spot war ein Kooperationsmarketing von United International Pictures und dem Solarzellenhersteller SYSTAIC um den Film „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gore viral ins Gespräch zu bringen. Für die erfolgreiche Verbreitung des Films sorgte ein strategisches Seeding. Gemäß der Zielgruppen wurden kostenpflichtige und freie Seeding-Kanäle zur Verbreitung gewählt. Empfehlung ist nicht gleich Empfehlung, die einflussreichen Multiplikatoren entscheiden. Ohne Strategie unterliegt auch die Verbreitung der besten Botschaft in der Masse an Onlineinhalten dem Zufall.

Fazit: Social Communities und Virals werden auch dort wichtiger, wo es um Themen wie Umweltschutz, Nachhaltigkeit und einen veränderten Lebensstil geht. Für Verbände, NGOs, für Akteure die sich in diesen Themenfeldern bewegen ist es also ein strategischer Vorteil wenn sie ihre Kommunikationsstrategie anpassen. Sie erreichen so mehr Menschen mit ihrer Botschaft. Werbung muss nicht immer verteufelt werden. Virales Marketing für die gute Sache ist die Chance, aus der Nische herauszutreten, neue Mitstreiter zu gewinnen und tatsächlich etwas zu verändern!

Fußnoten

1 Online-Vermarkterkreis im Bundesverband Digitale Wirtschaft e.V.: OKV Online-Report 2008/02 – Zahlen und Trends im Überblick. Seite 4

2 Werben und Verkaufen Nr. 38/2008: „Mehr als nur eine Eintagsfliege“, Seite 25

3 Pressemeldung „Blitzstart von Utopia.de“. 21. November 2007; http://utopia.de/userfiles/presse/Startbilanz_Utopia.pdf

4 Pressemeldung „Ivy World kommt zurück mit Hilfe von Utopia.de“, 25. September 2008; <http://www.presseecho.de/vermischtes/NA3731271405.htm>

5 Werben und Verkaufen Nr. 38/2008: „Der Reiz des Neuen ist passé“, Seite 49

6 <http://www.viralvideoaward.com> ■

Erklärung von St. Peter in der Au
(26. Oktober 2008) des

4. österreichischen Sozialforum

Das 4. Austrian Social Forum (ASF) ging am Sonntag, den 26. Oktober 2008 erfolgreich zu Ende. Während drei Tagen bildete das historische Schloss von St. Peter, „einst Herrschaftssitz – nun Haus für alle“ den Rahmen für 78 Veranstaltungen, die zum überwiegenden Teil von zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen selbst organisiert waren. Ein breiter Bogen von Themen spannte sich von ökologischen Fragestellungen über die Problematik von Geld- und Friedensthemen bis hin zu Überlegungen wie ein solidarisches, soziales, ökologisches und weltoffenes Europa aussehen könnte.

Noch nie in der Geschichte der österreichischen Sozialforumbewegung war es gelungen, in einem derart hohen Masse die Bevölkerung der Region in die Diskussionen einzubeziehen. Ebenso aber gab es Gäste aus anderen Ländern wie Claudio Nascimento, den brasilianischen Cheforganisator solidarökonomischer Netzwerke der Regierung von Inácio Lula, den Vizepräsidenten der „Republican Sinn Féin“ von Irland Des Dalton, den griechischen Koordinator des Bootsprojekts „Free Gaza“ Evangelis Pissias und des Verantwortlichen für die Beziehungen zu sozialen Bewegungen in der bundesdeutschen MetallarbeiterInnengewerkschaft Horst Schmitthenner.

Angesichts der gegenwärtigen innenpolitischen Lage in Österreich, die sich durch einen massiven Rechtsruck bei den letzten Nationalratsahlen kennzeichnet sowie angesichts der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, die jetzt zunehmend auf den kapitalistischen Produktionsprozess übergreifen, bot das ASF eine sehr gute Gelegenheit, die aktuelle Situation solidarisch zu reflektieren und gemeinsam praktische Schritte zur Überwindung der Krise anzupeilen.

Der drohende Zusammenbruch des Finanzsystems erfordert eine radikale Neuorientierung zu einem sozialen, ökologischen und geschlechtergerechten Europa. Den weiteren Privatisierungsplänen soll die Rückführung wichtiger Bereiche (Energie, Post, Bahn) sowie der Banken und Großkonzerne in öffentliches, demokratisch kontrolliertes Eigentum entgegengesetzt werden. Solidarische Ökonomie anstatt schrankenlosem Egoismus.



Beim ASF gab es lebhaftes Diskussionen über Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem. Zu diesem Thema wurde ein breites Spektrum an Ideen diskutiert, das von Entwicklung neuer wertstabiler und gemeinschaftsbildender Geldformen über Konzepte der Steuergerechtigkeit bis zu demokratisch kontrollierten sozialistischen Wirtschaftsmodellen reichte. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass das bestehende System auf rücksichtsloser Gewinnmaximierung, Ausbeutung von Mensch und Natur und auf einem zerstörerischem, profitorientiertem Wachstumszwang beruht.

Es wurde festgestellt, dass das so genannte Ausländerproblem in Wirklichkeit eine Folge weltweiter sozialer und ökonomischer Ungerechtigkeit ist. Es müssen dringend Maßnahmen gegen die Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsmarkt, bei Behörden und im Bildungssystem getroffen werden. Diskutiert wurde weiters die Anerkennung einer Wohnbürgerschaft, die den MigrantInnen gleiche Rechte zugesteht, und die Aufhebung aller so genannten Ausländergesetze.

Anstelle des von der Europäischen Union angestrebten „Reform“vertrags von Lissabon, sollen Konzepte Platz greifen, die ein soziales, ökologisches, geschlechtergerechtes und friedliches Europa verwirklichen. Das ASF spricht sich entschieden gegen ein Europa der Banken, Konzerne und Generale aus. Ebenso weisen wir die rassistische Einwanderungspolitik durch die Festung Europa zurück. Vor allem die Rück-

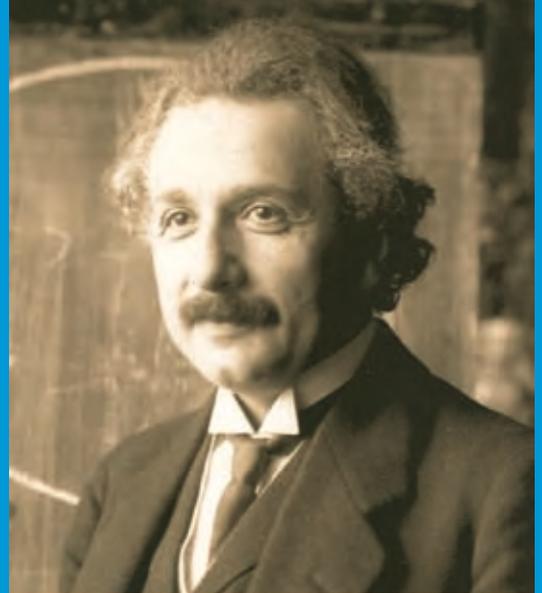
kehrdirektive der EU hat die Situation von MigrantInnen und AsylwerberInnen enorm verschärft.

In den verschiedenen Arbeitskreisen sprachen sich die TeilnehmerInnen entschieden gegen Krieg und Besatzung aus. Anhand von Beispielen wie Palästina und Tibet wurde die Notwendigkeit von Friedensstrategien im Zusammenhang mit nationaler Unterdrückung diskutiert. Ebenso wurde eine aktive Solidarität mit den unterdrückten Völkern gefordert.

Das ASF hat einen guten Beitrag dazu geleistet, die unterschiedlichen Zugänge zu den einzelnen Problemstellungen zusammenzuführen und solidarische Diskussionen zu unterschiedlichen Themen gewährleistet. Weiters schließt sich das ASF dem Aufruf des Europäischen Sozialforums für eine Demonstration gegen das Militärbündnis NATO am 3./4. April 2009 in Strassbourg ebenso an wie der Mobilisierung des für 6. Dezember geplanten europäischen Aktionstags gegen Armut in Paris. ■

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH UND AUCH NOTWENDIG!

St. Peter in der Au, 26. Oktober 2008



Dr. Albert Einstein
*Einer der Ersten „Green Inventors“ mit seinem
umweltfreundlichen Kühlschrankpatent vor ca. 100 Jahren*

Ihr **Leadership** und der **„Klimaboom“**

Gefragt sind Erfinder, Ingenieure und Unternehmer.

Erfinder, Ingenieure und Unternehmer, die sich mit den Herausforderungen des Klimawandels beschäftigen und neue Technologien, Produkte und Services, die die Umwelt schonen und die Natur bewahren, freuen sich über die Möglichkeit, im Januar auf dem Business & Economic Summit in Hamburg vom **21. - 22. Januar 09** mitzuwirken.

Der CEO, Leadership und Business Cases für Wachstum und Nachhaltigkeit

Der s. g. „Klimaboom“, der in allen Branchen, von der Auto-, Flugzeug- und Baubranche bis hin zu Finanzdienstleistern, Versicherungen, Handel, Logistik und Fertigung, hat begonnen.

Gefragt ist Leadership unter deutschen Erfindern und Unternehmern, die die Brücke zwischen Kapitalgeber und umweltfreundlichen Lösungen herstellen können.

Einladung

Reichen Sie Ihr **Konzept** bei der Jury des Economic Forum Deutschland gem. e.V. per Post, unverbindlich, bis zum **28. November 08** ein. Die besten Konzepte die zeigen, was Deutschland alles zu bieten hat, werden auf dem Business & Economic Summit in Januar, vorgestellt.

Der Klimawandel ist Mittelpunkt des Summits, das mit weltbekannten Experten, die sich mit Klimafragen, Corporate Responsibility, Innovation, die Börse und IPOs, Unternehmensfinanzierung und Leadership, beschäftigen.

Nähere Informationen unter www.economic-forum-deutschland.de

Flughafenstr. 21, 63263 Zeppelinheim
Tel.: 069/9637670 Fax: 069/96376719
Email: info@economic-forum-deutschland.de

**ECONOMIC
FORUM
DEUTSCHLAND**
gemeinnütziger Verein der deutschen Wirtschaft e.V.

Nachhaltigkeit in Werbung & PR

Was macht Werbung Grün? Wie wird Kommunikation nachhaltig?

Ein Round Table und sechs Beiträge zum Thema



Exklusiv-Interview

Oberbürgermeister Schramma (Köln) zu CSR & Nachhaltigkeit

Round Table Kommunikation

Über Quantenphysik zu Green-Washing und Glaubwürdigkeit

Arcandor-Studie

Nachhaltigkeit und Werbung

Serien

Mut zur Nachhaltigkeit EU und Nachhaltigkeit

Social Business

Amazee im Portrait

Exklusiv-Interview

Oberbürgermeister Schramma (Köln) zu CSR & Nachhaltigkeit

Round Table Kommunikation

Über Quantenphysik zu Green-Washing und Glaubwürdigkeit

Arcandor-Studie

Nachhaltigkeit und Werbung

Serien

Mut zur Nachhaltigkeit EU und Nachhaltigkeit

Social Business

Amazee im Portrait

P.b. Nr. 052036418 M. Verlagspostamt 1030 Wien ISSN 1816-2983



Nr. 32

NOVEMBER — im Zeitschriftenhandel

Regionalzentren – Bildung für Nachhaltige Entwicklung (RCEs) Was? Noch nie gehört?

Mag. Clemens Mader

*PISA Studie, Klimawandel, Finanzkrise, wachsende Städte und schrumpfende Dörfer,...
Ob und wie Bildung für Nachhaltige Entwicklung statt (Mensch) findet, ist eine
höchst aktuelle Fragestellung und kann ein langfristiger Lösungsansatz sein.*

Die UN begegnen globalen Herausforderung mit der „UN Dekade – Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) und sozialen Netzwerken (Regionalzentren), die über die Dekade hinaus wirken sollen.

Regional Centres of Expertise on Education for Sustainable Development (RCEs) - zu Deutsch „Regionalzentren – Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ gibt es nun bereits fünf Mal im deutschsprachigen Raum. Doch wer sind diese RCEs, was sind deren Ziele und was lernen wir aus den bisherigen Erfahrungen? Diesen Fragen soll dieser Beitrag nun einige Antworten liefern.

Wir starten dabei auf der globalen Ebene. Im Rahmen der Johannesburg Konferenz 2002 wurde die UN Dekade – Bildung für Nachhaltige Entwicklung beschlossen. Deren Ziel ist es durch Bildung Bewusstsein für Nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Doch leichter gesagt als getan. Wie sollte dieses Ziel umgesetzt werden? – Die United Nations University (UNU) – der „Think Tank“ der UN mit Sitz in Tokyo, entwickelte daraufhin das Konzept der lokal aktiven und global vernetzten RCEs.

Lokal aktiv bedeutet, es bildet sich ein organisiertes lokales Netzwerk aus Institutionen (öffentlich, NGOs, Wirtschaft, Bildung, Forschung, Kultur,...), welche sich mit Themen der Nachhaltigen Entwicklung und/oder Bildung beschäftigen. Innerhalb dieses Netzwerkes entsteht nun ein Austausch an Erfahrungen und neue Projekte zur Bildung für Nachhaltigen Entwicklung werden initiiert.

Global gibt es den „Global Learning Space for Sustainable Development“. Dies sind zurzeit 55 RCEs (22 in Asien & Pazifik, 15 in Europa & Mittlerer Osten, 10 in Afrika, 7 in Nord-Amerika und 1 RCE in Süd-Amerika), welche sich wiederum über deren Projekterfahrungen sowie globale Themen (Gesundheit, Jugend, Biodiversität, E-Learning, Produktion &

Konsum, LehrerInnenbildung) austauschen. Dieses globale Netzwerk wird durch das RCE Service Centre mit Sitz am UNU Institute for Advanced Studies in Japan koordiniert.

Nicht selten stellt sich die Frage der Finanzierung und des Managements. Die einzelnen RCEs sind von der UNU unabhängig in der Finanzierung des Managements und ihrer Aktivitäten. Das RCE Service Centre wird durch die UNU finanziert, somit entfallen auch keine „Mitgliedsbeiträge“ an die UNU. Es ist den RCEs überlassen, welche Managementstruktur sie wählen. Manche nutzen bestehende Einrichtungen an Universitäten, NGOs oder öffentlichen Einrichtungen, andere gründen dafür eigene Vereine. Einzig die aktive Einbindung von Universitäten wird von der UNU als Kriterium vorausgesetzt, um eine Forschungsbegleitung und folglich Weiterentwicklung der Aktivitäten zu gewährleisten. Dazu kommt noch, dass es in der Tradition der Universitäten liegt, Forschungsnetzwerke zu bilden und miteinander zu kommunizieren.

Genug mit Managementstruktur und Finanzierung,... hin zu den Aktivitäten.

Um Ihnen ein Gefühl zu geben was RCEs nun machen, werden einige lokal wie auch global wirksame Aktivitäten am Beispiel des RCE Graz-Styria, mit Sitz an der Universität Graz und aktiv seit 2007, aufgezeigt.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist Begriff und Zieldefinition zugleich. Die Aussage lautet Bildung für Nachhaltige Entwicklung und nicht, wie oft missverstanden, Bildung in oder über Nachhaltige Entwicklung. Entscheidend ist somit nicht nur „was“ gelehrt wird sondern auch „wie“. Durch Bildung soll der Prozess der Nachhaltigen Entwicklung somit ermöglicht werden. Gemäß Gabriele Eschig (Österreichische UNESCO Kommission) sollen durch Bildung für Nachhaltige Entwicklung folgende Prinzipien erfüllt werden:

- Respekt für andere, für zukünftige Generationen, für Gender, für andere Kulturen.
- Respekt ist auch gefordert für Unterschiede und Diversität sowie für die natürlichen Ressourcen unseres Planeten.
- Verständnis, Gerechtigkeitsinn, Verantwortung, Dialogbereitschaft, Forschergeist und verantwortliches Handeln.

Deutlich tritt hier der Gemeinsamkeitsgedanke und Respekt für andere Menschen hervor. In einem der ersten Projekte des RCE Graz-Styria wird dieser Aspekt auch verstärkt hervorgehoben. In einer intergenerationellen Lehrveranstaltung in Kooperation mit dem Zentrum für Weiterbildung zum Thema „Nachhaltige Entwicklung in Region und Wirtschaft“ kommen Studierende und Universitäts-Externe (LehrerInnen, im Ruhestand Befindliche, Wirtschaft, öffentliche Institutionen,...) zusammen um voneinander und miteinander zu lernen und zu erleben. In dieser, durch Workshops und viele gemeinsame Diskussionen, sehr interaktiven Lehrveranstaltung lernen Studierende aus den Erfahrungen der älteren Generation und die „Älteren“ lernen von den Studierenden durch deren „junge“ Ansichten, Ideen und universitären Erfahrungen.

Generationsübergreifend ist auch das Projekt „Lehrpfad für Nachhaltige Entwicklung“ in Zusammenarbeit mit dem Jugendzentrum und der Stadtgemeinde Trofaiach. Hier entwickelten Studierende verschiedener Fachrichtungen gemeinsam mit Jugendlichen einen Lehrpfad zu Aspekten der Nachhaltigen Entwicklung (Armutsbekämpfung, Wasserressourcen, Energie, Lebensmittel-Konsum, Bildung, UN Milleniumsziele und Klimawandel). Die Tafeln wurden entlang eines beliebten Wanderweges aufgestellt. Somit wird die Öffentlichkeit in der Natur über Nachhaltige Entwicklung informiert und zu nachhaltigen Verhaltensweisen inspiriert.

Um die Kommunikation innerhalb des lokalen RCE Netzwerkes sowie nach außen zu fördern, findet jährlich der Tag der offenen Tür statt. Alle Partnerinstitutionen des RCE haben hier Gelegenheit, sich selbst durch einen Informationsstand oder auch Workshop zu präsentieren. Durch diese Gelegenheit lernen sich die Institutionen untereinander besser kennen und können BesucherInnen auf ihre Aktivitäten aufmerksam machen. Der Weiterbildungsgedanke wird durch Vorträge unterstützt. Heuer, unter anderem durch einen Vortrag der Kenianerin Margaret Wanjeri. Mit ihr kommt auch das globale RCE Netzwerk ins Spiel. Durch die Kooperation mit der Global

Marshall Plan Initiative, der Studierendenorganisation AIESEC, sowie dem RCE Nairobi, konnte die kenianische Studentin für zwei Monate am RCE Graz-Styria mitarbeiten. In diesen zwei Monaten arbeitete sie am Aufbau von Projekten (Sustainability Award in Kenia, Nachhaltiger Tourismus für Studierende, Teacher Training Program, E-Learning) und berichtete durch Vorträge über Umweltschutz und soziale Lage in ihrem Land.

Durch derart internationale Zusammenarbeit zwischen RCEs kann gegenseitig bei lokalen Herausforderungen geholfen und voneinander gelernt werden. Das RCE Graz-Styria pflegt weitere intensive Kontakte mit dem, nun im Aufbau befindlichen, RCE Kairo in Ägypten sowie durch EU Programme mit RCEs in Schweden, Deutschland, Niederlande und Irland. Beratend steht das RCE Graz-Styria neben dem RCE Kairo auch noch einem im Aufbau befindenden RCE in der Schweiz zur Seite.

Dies deutet bereits auf das Wachstum des globalen RCE Netzwerkes hin. Haben sich die ersten acht RCEs 2005 als solche definiert und vernetzt, so sind es heute 55 RCEs. Dieser rasante Zuwachs lässt auch Fragen der Qualität(skontrolle) der RCEs aufkommen. Dies ist eine der großen Herausforderungen an welcher zurzeit im Netzwerk gearbeitet wird. Eine selbstständige Evaluation sowie gegenseitiges Mentoring sollen erste Lösungsansätze liefern, aus deren Ergebnissen für die Zukunft gelernt werden muss. Eine weitere Herausforderung ist das gemeinsame Auftreten und die Wirkung auf Presse, Medien, Gesellschaft und Politik. Es gibt zurzeit fünf RCEs im deutschsprachigen Raum (München, Stuttgart, Hamburg, Rhine-Meuse (D,NL,B) und Graz-Styria), doch fehlt es noch an gemeinsamen europäischen Zielen und Marketing. Aufgrund der jungen Entstehungsgeschichte, Struktur-Diversität und Vielzahl eingebundener Akteure und Institutionen muss noch viel Erfahrung gesammelt und Lösungen, etwa für genannte Herausforderungen, gefunden werden.

Nach dem Motto der Lokalen Agenda 21 „Global Denken – Lokal Handeln“ und der Aussage von Nelson Mandela „Education ist the most powerful weapon which you can use to change the world“ sind RCEs somit am Anfang, aber ich denke richtigen Weg, einen Beitrag zu Nachhaltiger Entwicklung lokal und global zu leisten. ■

Autorennotiz: Mag. Clemens Mader ist Doktorand am Institut für Geographie und Raumforschung der Universität Graz und Leiter des RCE Graz-Styria

„Dialog“ nur mit sich selbst

Vom 8.-10. Oktober 2008 fand die Tagung „Corporate Social Responsibility and Governance“ in den Räumlichkeiten der Humboldt Universität statt.

Ein Kommentar von Maria Halbach

Als eine „Platform for Multistakeholder Dialogue“ zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bezeichnete der Leiter des Institute of Management und Veranstalter – Joachim Schwalbach – die 3. Tagung zu Corporate Social Responsibility in seiner Eröffnungsrede. Bei den Zuhörern musste spätestens nach der Einführungsrede des Hauptsponsors E.ON und der Vorstellung der Podiumsredner ein wenig Zweifel über diese Aussage aufkommen: Ausschließlich Unternehmensvertreter stellten sich der Leitfrage der ersten Podiumsdiskussion „The Changing Face of Global Capitalism. Is CSR the Leading Edge or the Lagging Indicator?“.

Leider nahm die Diversität der Redner auf den Podien nicht sonderlich zu. Enttäuscht werden musste, wer bis dahin davon ausgegangen war, dass Podiumsdiskussionen vor allen Dingen kontroverse Positionen deutlich machen sollen. Die Podien und Pannels waren vorwiegend von Unternehmen und Akademikern der Wirtschaftswissenschaften besetzt, die sich ermüdend schnell auf einen jeweils gemeinsamen Standpunkt einigten. Daran konnten auch noch so herausfordernd formulierte Fragestellungen nichts ändern. Ab und zu verirrte sich eine NGO oder ein Vertreter staatlicher Institutionen zu den Diskussionen. Wirkliche Kontroversen zu CSR und Global Governance blieben trotzdem aus.

Die erste Podiumsdiskussion entpuppte sich als technokratische Diskussion über die Möglichkeiten von Unternehmen ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Gemeinsam monierten die Redner die uneinheitlichen und komplizierten gesetzlichen Richtlinien zu Umwelt- und Sozialstandards in unterschiedlichen Staaten. Mehr staatliche Lenkung sei in Ihren Augen nicht förderlich; „Bessere“ gesetzliche Regelungen – d.h. einheitliche – und keinesfalls mehr Handelsbeschränkungen wären wünschenswert. Denn, so ergänzte der Vertreter von Siemens: „The risk number one is: More regulations on free trade“. Die ersten zaghaften Nachfragen des Publikums zum Widerspruch zwischen Unternehmenszielen und gesellschaftlichen Zielen im Kampf gegen globale Herausforderungen wurden von den Rednern im Tenor als nichtig abgetan. Schließlich sei man im ständigen Austausch mit allen Stakeholdern zur gemeinsamen Zielfindung. „Kleine Fehlritte“ wären während eines gerade begonnenen „Lernprozesses“ unabwendbar, denn CSR wäre noch in seinen

Kinderschuhen und „if you are a performer, you do things wrong“. Natürlich könne man mehr tun, aber die Ressourcen würden es nicht zulassen.

Prominente Redner wie Prof. Michael Spence, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften von 2001, Prof. Jagdish Bhagwati oder Prof. Edward Freeman priesen den Kapitalismus als den einzig richtigen Weg zu Entwicklung und Wohlstand. CSR könne helfen – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Turbulenzen auf den Finanzmärkten – den Ruf des Kapitalismus wieder herzustellen, so Bhagwati. Dem pflichtete Herr Freeman bei: Auch wenn einige Kritiker sich durch die Finanzkrise bestätigt sähen, dass der Kapitalismus nun am Ende sei, die aktuelle Situation wäre verursacht durch die mangelnde Moral und Werte der Führungskräfte, nicht ein Fehler des Systems. Ein Blick in die Vergangenheit des Unternehmertums würde beweisen: Familienunternehmen hätten sich verpflichtet gefühlt ihre Gewinne der Gesellschaft zu Gute kommen zu lassen. So müsse CSR für eine verstärkte Unternehmensverantwortung vor allen Dingen in der akademischen Lehre Einzug halten. So werden sich die aktuellen Mängel von selbst beheben.

Die Teilnehmer der Konferenz schienen sich einig zu sein, dass die heutigen globalen Probleme nicht von staatlichen Instanzen geregelt werden können. Man beklagte sich über die Unfähigkeit staatlicher Organe ihre Verantwortungen zu übernehmen und lobte die neuen privatwirtschaftlichen „Heilsbringer“, die nun endlich anpacken.

Auf der Tagung suchte man zunächst vergeblich nach Stimmen, die den Einfluss von Unternehmen in Aufgabenfeldern des öffentlichen Sektors kritisch betrachten. Die nur spärlich anwesenden NGOs hielten sich mit Kritik bedeckt oder befürworteten die enge Kooperation mit dem Privatsektor. Auch Vertreter öffentlicher Institutionen waren als Stakeholder kaum vertreten. In einem Panel zur „Rolle von NGOs in der CSR Debatte“ überraschte besonders Karin Siegmund von „Save the Children e.V.“ mit dem Plädoyer für mehr „Professionalität“ der NGOs. Als „Professionalität“ bezeichnet sie die mentale und praktische Bereitschaft mit Unternehmen zu kooperieren. Ergebnisse einer Studie würden zeigen, dass deutsche NGOs in dieser Form der Professionalität weit hinter

ihren Möglichkeiten zurückliegen. Eine Beeinflussung durch Unternehmen in der inhaltlichen Ausgestaltung ihrer Arbeit könnte sie nicht feststellen. Ganz im Gegenteil, die Zusammenarbeit sei sehr fruchtbar und für jede Organisation möglich. Bleibt die Frage ob auch NGOs mit politischen Motiven oder unternehmenskritischen Einstellungen diese Kooperationen nutzen können. Unternehmen werden wohl nicht ihre eigenen Kritiker fördern. Dass jedoch NGOs durch kritische Kampagnen Unternehmen herausfordern ihre Verantwortung wahrzunehmen, wurde nur am Rande erwähnt.

Am Freitagvormittag erlebte die Konferenz doch noch eine überraschende Wendung: Die Diskussion wurde von Prof. Andreas Scherer, Universität Zürich, und Grahame Thompson, Open University, UK, belebt. Es handle sich bei CSR und Global Governance schließlich um eine politische Fragestellung und er sei froh, dass neben der dominanten Präsenz der Wirtschaftswissenschaftler auch ein Politikwissenschaftler das Wort ergreifen dürfe, bekräftigte Thompson. Unter der exzellenten Moderation von Prof. Dirk Matten, York University, Toronto, wurde der zunehmende politische Einfluss von Unternehmen benannt und kritisch diskutiert. Hier wurde endlich der Widerspruch zwischen der zunehmenden politischen Rolle von Unternehmen und ihrem Bestreben staatliche Beschränkungen weitestgehend zu minimieren aus Tageslicht befördert: Zum einen übernehmen Unternehmen vermehrt Rollen, die traditionell in der Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand liegen. Sie geben vor zum Wohle des Gemeinwesens globale Probleme, wie den Klimawandel, Armut und andere, mit diesen oft in einem Atemzug genannten Herausforderungen,

bekämpfen zu wollen. Auf der anderen Seite erlebt man ihre Lobbyarbeit gegen verbindliche ökologische oder soziale Standards, Regulierungen oder Besteuerung. Unternehmen scheinen eine zunehmende politische Rolle zu übernehmen, aber dient dies öffentlichen Gütern? Sind Unternehmen legitimiert dies zu tun? Sind die beschriebenen Handlungsmaxime nicht widersprüchlich?

Trotzdem verhaftete die Diskussion der Tagung insgesamt bei einem „Nein“ zu Eingriffen staatlicher Organe bezüglich verbindlicher Standards, Überprüfung und Kontrolle. Wie kann jedoch Freiwilligkeit bessere Ergebnisse hervorbringen, als klare Regeln, die für alle Unternehmen gültig sind? Dieses Argument scheint ein Vorwand zu sein, um staatlichen Rahmenbedingungen zu entgehen. Auch wenn die gesamte Veranstaltung auf den Podien und Diskussionsrunden wenige kritische Stimmen hervorbrachte, zeigte sich doch in den Kaffeepausen eine verbreitete Skepsis vieler Gesprächspartner gegenüber der propagierten Ethik des Unternehmertums. Vielleicht fehlt es den Kritikern der Freiwilligkeit unternehmerischer Verantwortung noch an Mut ihre Bedenken auch in solcherlei CSR-Dialogen‘ laut werden zu lassen. ■

Autorinnennotiz: Marie Halbach ist Absolventin der Universität Bayreuth in Geographischer Entwicklungsforschung Afrikas und derzeit bei WEED e.V. - World Economy Ecology and Development – für Corporate Accountability engagiert.

1. Nachhaltigkeitsbericht der Arcandor AG

Die Arcandor AG hat ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt. Er knüpft aber an bestehende Berichte der KarstadtQuelle AG an.

Der erste Nachhaltigkeitsbericht des Arcandor Konzerns nach der Umfirmierung im Jahr 2007 steht in der Tradition der Berichterstattung der KarstadtQuelle AG und knüpft an den Nachhaltigkeitsbericht aus dem Jahr 2005 an. Er umfasst rund 90 Seiten.

Darum auch der Titel gewählt: "Im Wandel beständig". Der Berichtszeitraum reicht vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2007. Hier gilt es zu beachten, dass es sich beim Jahr 2007 auch um ein Rumpfgeschäftsjahr handelt.

Gegenstand des Berichts ist das ökologische und soziale Engagement der Arcandor AG sowie ihrer drei operativen Geschäftsbereiche Thomas Cook Group plc, Primondo GmbH und Karstadt Warenhaus GmbH. Ziel ist es, einen Überblick über die neue Struktur des Konzerns zu geben sowie die Neuausrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie in 2007 vor dem Hintergrund des ganzheitlichen Nachhaltigkeitsmanagements bei Arcandor vorzustellen. Zudem werden die Entwicklungen im Bereich Nachhaltigkeit der drei operativen Geschäftsbereiche präsentiert.

Der Bericht orientiert sich an den internationalen Leitlinien der Global Reporting Initiative (GRI), den Prinzipien des United Nations Global Compact sowie an den Anforderungen nachhaltigkeitsorientierter Ranking- und Rating-Agenturen, der Mitarbeiter und externer Stakeholder. Ergänzend werden weitere Themen auf der Corporate Website der Arcandor AG im Bereich Nachhaltigkeit aufgegriffen. Vom GRI Wertungsstandard aus betrachtet, wurde der Bericht von GRI International mit B bewertet. Hier liegt ohne Zweifel noch Verbesserungspotential für die kommenden Jahre vor, was man sich auch vorgenommen hat blickt man auf die vorgestellte Roadmap zu Nachhaltigkeit.

Dies ist einerseits der Komplexität des Unternehmens geschuldet, andererseits durch die erst jüngst erfolgte Umfirmierung (2007), was der Arcandor AG durchaus bewusst ist; hier gelte es noch einiges zu konsolidieren und zu entwickeln wie zu adaptieren. Als die wichtigsten wichtigen Milestones für 2009

werden daher formuliert: Die Etablierung eines einheitlichen Kennzahlensystems wie die Fortentwicklung eines Code of Conduct bis hin zu einem "Grünen Konzept für Umweltschutz" oder Einführung eines konzernweiten Talentepools.

Aber auch schon für 2008 wurde vor dem Hintergrund des Konzernumbaus beachtliches geleistet wie die Umstellung der Fahrzeugflotte auf Nachhaltigkeit, zahlreiche umfassende Stakeholder-Dialoge wie einen bunten Strauss an so genannten Microprojekten (Studie zu Werbung und Nachhaltigkeit, Unterstützung von Save the Children bis hin zum Buch "Die Andersmacher", um nur einige wenige Projekte anzuführen) bis hin zur Unterzeichnung der "Charta der Vielfalt".

"Der Bericht ist zugleich eine Einladung zum Dialog und Austausch mit den Stakeholdern des Unternehmens mit dem Ziel, die Nachhaltigkeitsleistungen von Arcandor stetig zu verbessern und die Nachhaltigkeitskultur weiterzuentwickeln.", so Alexandra Hildebrandt, Leiterin Gesellschaftspolitik, von der Arcandor AG.

Der nächste Nachhaltigkeitsbericht wird im Jahre 2010 veröffentlicht und dies dann vor einem konsolidierten Hintergrund. Man darf hier dann zu Recht einiges erwarten, denn allein schon aus einem Rumpffjahr heraus vor dem Hintergrund eines komplexen Konzernumbaus ist es schon fast ein Wunder, überhaupt einen Nachhaltigkeitsbericht vorzulegen. ■

Erstes virtuelles Kraftwerk von Siemens und RWE Energy

Dezentrale Energieerzeugung wird virtuell zentralisiert. Neun kleine Wasserkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 8.600 Kilowatt wurden zusammengeschaltet

Am 31. Oktober nahm das erste virtuelle Kraftwerk von Siemens Energy und RWE Energy seinen Betrieb auf. In einem ersten Schritt wurden zunächst neun Wasserkraftanlagen der Lister- und Lennekraftwerke im Sauerland/Nordrhein-Westfalen in den Verbund integriert. Die Leistung dieser dezentralen Erzeugungsanlagen reicht von 150 kW bis zu 1.100 kW. Die

Gesamtleistung aller Anlagen beträgt rund 8.600 kW. Zentral gesteuert werden die Anlagen von RWE Energy von Köln aus.

Mit dem virtuellen Kraftwerk lassen sich Vermarktungswege nutzen, die dem Betreiber der Einzelanlagen sonst nicht zur Verfügung stehen würden. Die Anlagen sollen im Verbund noch effizienter und damit wirtschaftlicher als vorher betrieben werden - wovon die Betreiber der dezentralen Erzeugungsanlagen profitierten. Zudem werde RWE den erzeugten Strom an der Strombörse EEX vermarkten.

Herzstück des virtuellen Kraftwerkes ist das dezentrale Energiemanagementsystem DEMS von Siemens Energy. Damit ließen sich die dezentralen Erzeugungsanlagen intelligent miteinander vernetzen sowie wirtschaftlich und umweltfreundlich einsetzen. Der für die Kommunikation verwendete DER-Controller (Distributed Energy Resources) ist speziell auf die Anforderungen dezentraler Erzeugungsanlagen abgestimmt.

Mit diesem Pilotprojekt wollen Siemens und RWE Energy die technische und wirtschaftliche Einsatzreife virtueller Kraftwerke nachweisen und Erkenntnisse für weitere Einsatzmöglichkeiten gewinnen. Im Projektverlauf sollen weitere dezentrale Erzeugungsanlagen wie Blockheizkraftwerke, Biomasse- oder Windenergieanlagen in den Verbund aufgenommen werden. Ziel der koordinierten Nutzung von dezentralen Erzeugungsanlagen ist neben den wirtschaftlichen Vorteilen vor allem ein Beitrag zur besseren Marktintegration von dezentralen Erzeugungsanlagen. ■

Best Case: Globales Sozial- unternehmertum

Im Rahmen des Social Vision Summits in Berlin wurden drei Unternehmen als Vorbilder für Sozialunternehmertum mit dem Vision Award 2008 ausgezeichnet

Drei Vorbilder für eine sich zunehmend Bahn brechende Idee des "Social Entrepreneurs": Für ihr Engagement als Sozialunternehmer vergibt das Genisis Institute for Social Business in Berlin am 2. November die VISION AWARDS 2008 im Rahmen des VISION SUMMIT.

Die Preise in der Kategorie "Sozialunternehmer" erhalten Celso Grecco, der Erfinder der Sozialbörse in Sao Paulo, der brasilianische Software-Unternehmer Rodrigo Baggio, der Jugendlichen aus dem Slums IT-Kurse lehrt sowie Marcia Odell. Sie hilft in Asien und Afrika mit Kleinkrediten und Projektseminaren Hunderttausenden Frauen beim Schritt in die Selbstständigkeit und damit ein Auskommen durch eigenes Einkommen. Laudatoren sind Franz Alt und Muhammad Yunus.

Celso Grecco vermittelt, nachdem er zunächst an der Börse Millionen verdiente, jetzt über die an der Bovespa formell etablierte Sozialbörse Kontakte zwischen Spenden suchenden Nichtregierungsorganisationen und potenziellen Sponsoren. Nach einem Screening, das die Qualität der Arbeit der NGO sichert, können Spender über die Sozialbörse die Gelder für ihre Projekte erhalten.

Rodrigo Baggio arbeitete als Jugendlicher freiwillig in den Favelas von Rio de Janeiro. Dann gründete der Softwareunternehmer das Komitee für Demokratisierung und Informationstechnologie. Damit initiierte Baggio Computerschulen. Die Favelas stellen die Räume, Baggio bildet Lehrer aus, die dann jeden Monat bis zu 120 arme Kinder pro Schule den Umgang mit Computern zeigen.

Marcia Odell leitet das Women's Empowerment Program. Sie trainierte in Nepal 125.000 und in Afrika 200.000 Frauen in Unternehmensgründungen sowie Bildung von Kleinkreditsystemen und Projektmanagement. Damit erhöhte Odell das Einkommen der Frauen binnen drei Jahren um das Achtfache - das ist der beste Erfolg eines derartigen Programms weltweit. ■

Nachhaltige Altersvorsorge von Skandia

Die Skandia Lebensversicherung AG bietet Altersvorsorge-Sparern ab sofort nach Eigenangaben die größte Auswahl an ökologisch-nachhaltigen Investments für fondsgebundene Riester-, Rürup- und Rentenversicherungen.

Die insgesamt 20 Investmentfonds sind innerhalb aller Vorsorge-Lösungen der Skandia anwählbar und investieren nach Angaben der Skandia in Zukunftsthemen wie Umweltschutz, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Das Angebot reicht über alle Anlageklassen hinweg von Aktien-, Themen- und Mischfonds bis hin zu Renten- und Geldmarktfonds. "Unsere Auswahl nachhaltiger Investmentfonds ermöglicht den Skandia-Kunden die erste wirklich 'Grüne Rente' im deutschen Markt", zeigt sich Johannes Friedrich, Vorstandsvorsitzender der Skandia, überzeugt.

Die Berliner Versicherung setzt damit auf eine bestehende Entwicklung: Allein in den letzten fünf Jahren habe sich das Volumen ökologisch-nachhaltig gemanagter Fonds in Deutschland auf über 25 Milliarden Euro verachtfacht. Und der Markt wird wohl weiterwachsen: "Die Vertrauenskrise verstärkt die Nachfrage nach verantwortungsvollen und zukunftsweisenden Vorsorge-Lösungen", meint Friedrich und lobt seine "Grüne Rente" aus: "Skandias 'Grüne Rente' stellt die konse-

quente Symbiose aus gesellschaftlicher Verantwortung und nachhaltiger Altersvorsorge dar."

Externe und interne Prüfkriterien

Die Klassifizierung der Fonds bei Skandia erfolgt auf der Basis der Prüfkriterien sowohl des "European Sustainable and Responsible Investment Forum" (Eurosif), wo sich u.a. Unternehmen aus der Finanzbranche wie beispielsweise BNP Paribas Asset Management, vinis, Pioneer Investments, HSBC oder Kepler befinden, als auch der Rating-Agentur "oekom research", die selber Mitglied der Eurosif ist. Zu den Kunden der oekom-research zählen wiederum beispielsweise BNP Paribas Asset Management, vinis, Pioneer Investments, HSBC Investments, Kepler. Die Kongruenz ist zumindest bemerkenswert.

Dazu meint die Skandia auf Nachfrage der Glocalist Medien: "Die Skandia (...) ist sich deshalb der Schwierigkeiten bewusst, die in einer unabhängigen und neutralen Bewertung dieser Fonds liegen. Es hat sich bislang noch keine allgemeinverbindlicher Standard zur unabhängigen und neutralen Bewertung nachhaltiger Investments herausgebildet. (...) Wir sind sehr daran interessiert - gemeinsam mit anderen - an der Entwicklung eines verbindlichen Standards mitzuarbeiten. Vor diesem Hintergrund ist die Skandia Deutschland als erster Versicherer überhaupt zum 1. Oktober 2008 dem Forum für nachhaltige Geldanlagen beigetreten. Daneben planen wir, in den nächsten Monaten einen Beirat für nachhaltige Investments einzurichten." Zum Forum für nachhaltige Geldanlagen ist zu sagen, dass auch hier u.a. oekom-research Gründungsmitglied ist.

Offener Brief der Gesellschaft für bedrohte Völker- Österreich an den Bundeskanzler

Herrn Bundeskanzler
Dr. Alfred Gusenbauer

Ballhausplatz 2
1010 Wien

Wien, am 23. Oktober 2008

Betr.: Tibetischer Regisseur Dhondup Wangchen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich erlaubt sich anlässlich Ihrer Reise nach China, auf das Schicksal des Filmregisseurs Dhondup Wangchen hinzuweisen, der vor den Olympischen Spielen in Peking eine Dokumentation über die (Not)Lage der tibetischen Bevölkerung gedreht hat und kurz nach deren Veröffentlichung (im Ausland) verhaftet wurde.

Dhondup Wangchen hatte bei seinen Recherchen und Dreharbeiten mehrere Helfer. Etliche von ihnen wurden ebenfalls verhaftet, unter anderen der Mönch Jigme Gyatso, alias „Golog Jigme“. Dieser wurde am 15. Oktober auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen.

Im Gegensatz zu ihm ist Dhondup Wangchen jedoch noch immer in Haft.

Die GfbV-Ö ersucht Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, eindringlich,

- bei Ihren Gesprächen in China auch die Freilassung von Dhondup Wangchen zu fordern, der in offenkundiger Verletzung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung festgenommen wurde und noch immer festgehalten wird;
- auf die vielen Gefangenen hinzuweisen, die lediglich wegen kritischer Stellungnahmen, ihrer Teilnahme an gewaltfreien Demonstrationen oder aus religiösen Gründen (Muslime, Praktizierende des Falun Gong u.a.) inhaftiert sind, und deren Freilassung zu verlangen;
- die Menschenrechtssituation in China und speziell der TibeterInnen und anderer Minderheiten zur Sprache zu bringen und auf eine rasche Verbesserung zu drängen.

Mit freundlichen Grüßen

Alfred Brandhofer, Vorstandsmitglied der GfbV-Ö

Kommission begrüßt Annahme des Programms Erasmus Mundus II durch das Europäische Parlament

Die Europäische Kommission begrüßt, dass das Europäische Parlament heute für die zweite Phase des Programms Erasmus Mundus (2009-2013) gestimmt hat. Damit unterstützt die Europäische Union nicht nur weiterhin gemeinsame europäische Studiengänge durch die Vergabe von Stipendien an talentierte Studenten und Lehrkräfte aus Drittländern, sie will im Rahmen von Erasmus Mundus auch Promotionen fördern und europäische Studenten stärker unterstützen.

21. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1560&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Kartellrecht: Kommission eröffnet Konsultationen zur Überprüfung der Gruppenfreistellung für Seeschiffahrtskonsortien

Die Europäische Kommission hat Konsultationen zur Neufassung der Gruppenfreistellungsverordnung eingeleitet, mit der Seeschiffahrtskonsortien unter bestimmten Voraussetzungen vom im EG-Vertrag verankerten Verbot wettbewerbswidriger Verhaltensweisen (Artikel 81) ausgenommen werden. Die Verordnung Nr. 823/2000 erlaubt zurzeit den Reedereien, bei der Bereitstellung von Dienstleistungen im Seefrachtverkehr zusammenzuarbeiten (so genannte „Konsortien“). Im Änderungsentwurf wird vorgeschlagen, diese Zusammenarbeit an das neue rechtliche und wirtschaftliche Umfeld anzupassen. Interessierte Parteien sind eingeladen, sich bis zum 21. November 2008 im Rahmen der öffentlichen Anhörung zu diesem Thema zu äußern. Die Kommission konsultiert 2009 vor der Annahme der endgültigen Gruppenfreistellungsverordnung und rechtzeitig vor Ablauf der aktuellen Verordnung im April 2010 die Mitgliedstaaten.

22. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1566&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Fusionskontrolle: Kommission überarbeitet Mitteilung über Abhilfemaßnahmen und ändert Durchführungsverordnung

Die Europäische Kommission hat ihre Leitlinien zu Abhilfemaßnahmen in der Fusionskontrolle überarbeitet, um sicherzustellen, dass Wettbewerbsfragen effizienter behandelt werden, und um Unternehmen, die an Fusionen beteiligt sind, zu verdeutlichen, wie am besten mit Wettbewerbsfragen umzugehen ist. Abhilfemaßnahmen sind Änderungen an einem Zusammenschlussvorhaben, die von den beteiligten Unternehmen vorgeschlagen wurden, um mögliche wettbewerbsrechtliche Bedenken der Kommission auszuräumen. Zu den wichtigen Neuerungen zählen die Einführung eines Formblatts für die Übermittlung von Informationen über Abhilfemaßnahmen, Einzelheiten zu Veräußerungen und Zugangserleichterungen sowie Erläuterungen zu der Rolle des Treuhänders. Bei der Überarbeitung der Mitteilung über Abhilfemaßnahmen hat die Kommission die geänderte Fusionskontrollverordnung (EG) Nr. 139/2004 (siehe MEMO/04/9), ihre einschlägigen Erfahrungen aus zahlreichen Fusionsfällen, ihre Studie über die Umsetzung und Effizienz von Abhilfemaßnahmen im Zusammenhang mit Fusionen (siehe IP/05/1327) und die jüngste Rechtsprechung der Gerichte der Europäischen Gemeinschaft berücksichtigt. Außerdem wurde den Stellungnahmen Rechnung getragen, die im Laufe einer öffentlichen Konsultation im Jahr 2007 über den Entwurf der Leitlinien (siehe IP/07/544) eingegangen sind. Gleichzeitig hat die Kommission entsprechend den Änderungen der Mitteilung über Abhilfemaßnahmen Änderungen der Durchführungsverordnung (Verordnung (EG) Nr. 802/2004) erlassen.

22. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1567&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission begrüßt nachdrückliche Unterstützung des Programms „Sicheres Internet“ durch das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament hat heute mit überwältigender Mehrheit einen Bericht der Abgeordneten Roberta Angelilli gebilligt, in dem die Einleitung eines neuen EU-Programms „Sicheres Internet“ befürwortet wird. Das von der Europäischen Kommission im Februar vorgeschlagene Programm mit einer Laufzeit von fünf Jahren (2009–13) und einem Haushalt von 55 Mio. EUR dient der Bekämpfung illegaler Online-Inhalte sowie rechtswidriger und schädlicher Verhaltensweisen wie „Grooming“ und „Cyberbullying“ (Kontaktanbahnung in Missbrauchsabsicht und Schikane per Medien).

23. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mehr Schutz für Urlauber: EU-Kommissarin Kuneva begrüßt Abstimmung des Europäischen Parlaments über neue Timesharing-Richtlinie

Verbraucher in der gesamten EU genießen demnächst stärkeren Schutz als Urlauber beim Kauf und Wiederverkauf von Ferienaufenthalten in Timesharing-Anlagen, bei Teilzeitnutzungsrechten für ein Hausboot, einen Caravan oder für eine Unterkunft auf einem Kreuzfahrtschiff sowie gegenüber den sogenannten Discount Holiday Clubs. So steht es in der neuen Regelung, der das Europäische Parlament heute zugestimmt hat. Mit der neuen Richtlinie soll das Vertrauen der Verbraucher in die Timesharing-Branche mit einem Umsatz von 10,5 Mrd. EUR und EU-weit 40 000 Arbeitsplätzen gefestigt und gegen betrügerische Geschäftemacher vorgegangen werden, die seriöse Geschäftsleute in Verruf bringen und den Verbrauchern Probleme bereiten. Nach der bisherigen europäischen Richtlinie über Teilzeitnutzungsrechte (Timesharing) aus dem Jahr 1994 haben die Verbraucher einen grundlegenden Anspruch auf klare Information; außerdem brauchen sie keine Anzahlungen zu leisten und verfügen über ein Widerrufsrecht. Die neue Richtlinie, über die das Europäische Parlament heute abgestimmt hat, soll bisherige Regelungslücken schließen. Insbesondere wird der Geltungsbereich auf neue Produkte ausgedehnt, darunter sog. Discount Holiday Clubs und timesharingähnliche Nutzungsrechte wie Anteile an einem Urlaub auf Kreuzfahrtschiffen oder Rechte an Hausbooten und Caravans. Darüber hinaus werden so wichtige Aspekte wie der Wiederverkauf von Teilzeitnutzungsrechten und die Tätigkeit von Tauschbörsen geregelt. Die neue Richtlinie dürfte dafür sorgen, dass die Verbraucher in der gesamten EU gleichermaßen geschützt sind. Außerdem dürfte sie auf dem Markt für Teilzeitnutzungsrechte und bestimmte andere Urlaubsprodukte gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen.

22. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1572&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Öffentliches Auftragswesen: Kommission untersucht elektronische Beschaffung in Europa

Die Europäische Kommission startet eine Online-Befragung, um herauszufinden, welche Erfahrungen Unternehmen und öffentliche Stellen mit der elektronischen Beschaffung im öffentlichen Sektor gemacht haben. Die Befragung wird wesentliche Erkenntnisse dazu liefern, in welchem Ausmaß die elektronische Beschaffung EU-weit bereits eingesetzt wird. Insbesondere soll bewertet werden, inwieweit die Ziele des „Aktionsplans zur Umsetzung und Anwendung der Rechtsvorschriften über die elektronische Vergabe öffentlicher Aufträge“, der von der Kommission im Dezember 2004 verabschiedet wurde, erreicht worden sind. Das öffentliche Auftragswesen ist ein Schlüsselbereich der EU-Wirtschaft, auf den rund 16 % des BIP entfallen. Die Modernisierung und Öffnung der Beschaffungsmärkte über Ländergrenzen hinweg – auch durch Ausweitung der elektronischen Beschaffung – ist für die Wettbewerbsfähigkeit Europas und die Schaffung neuer Chancen für EU-Unternehmen von wesentlicher Bedeutung. Die Befragung läuft bis zum 18. Dezember 2008.

23. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1577&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Brasilien und die EU – eine neue Dimension der Zivilgesellschaft

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) will in Zusammenarbeit mit dem Brasilianischen Rat für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CDES) ein Diskussionsforum EU/Brasilien einrichten, das sich an die 2007 ins Leben gerufene strategische Partnerschaft zwischen der EU und Brasilien anschließen soll, um die Beziehungen zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft der EU und Brasiliens zu stärken. Das Ziel besteht darin, die Beziehungen mit einem Land zu vertiefen, das sich in den vergangenen Jahren auf der internationalen Bühne – sei es in den multilateralen Handelsverhandlungen oder als einflussreicher politischer Akteur in der Region Lateinamerika und im internationalen Kontext – zweifelsohne einen Namen gemacht hat.

23. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=CES/08/92&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäischer Tag der Ziviljustiz – Verleihung der „Kristallwaage“ für qualitätssteigernde Innovationen in der Ziviljustiz – eine gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission und des Europarats

Anlässlich des 6. Europäischen Tags der Ziviljustiz verleihen Europäische Kommission und Europarat zum dritten Mal die „Kristallwaage“ für qualitätssteigernde Innovationen in der Ziviljustiz. Der erste Preis ging an das Justizministerium des Vereinigten Königreichs. Der Wettbewerb wird alle zwei Jahre von der Europäischen Kommission und dem Europarat veranstaltet.

24. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1579&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Staatliche Beihilfen: Kommission startet öffentliche Konsultation zur Verlängerung der Filmförderkriterien

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu der geplanten Verlängerung der Prüfkriterien für die Filmförderung bis zum 31. Dezember 2012 gestartet. Nach den derzeit geltenden Kriterien, die in der Mitteilung zur Filmwirtschaft (siehe IP/01/1326) festgelegt sind, wird die Filmproduktion unter bestimmten Bedingungen vom Beihilfeverbot des EG-Vertrags ausgenommen. Zulässig sind Beihilfen für kulturbezogene Filme, die bestimmte Anforderungen hinsichtlich der Ausgaben (Territorialisierungsklauseln) enthalten und die zulässige Beihilfeintensität nicht überschreiten. Beihilferegulungen in diesem Bereich müssen ferner den Vorschriften des EG-Vertrags entsprechen und dürfen sich nicht auf bestimmte Teilbereiche der Filmbranche beschränken. Die Kommission schlägt vor, die Kriterien weitere drei Jahre anzuwenden, und fordert deshalb alle Beteiligten auf, bis zum 30. November 2008 zu ihrem Vorschlag Stellung zu nehmen.

24. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1580&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ASEM-Gipfel: EU und ASEM sichern Finanzierung für Hochgeschwindigkeits-Internetverbindung bis 2011

Nach dem Erfolg des Transeurasischen Informationsnetzes 2 (TEIN 2) für Forschung und Bildung gaben die Europäische Union (EU) und ihre Partner heute den Starttermin des Nachfolgenetzes bekannt. TEIN 3 wird die Fortsetzung der Zusammenarbeit EU-Asien erleichtern, da es Forschern und der breiten Bevölkerung unmittelbar zugute kommt. Das von der EU mit 12 Mio. EUR und von den asiatischen Partnern mit weiteren 6 Mio. EUR finanzierte Netz wird bis 2011 in Betrieb sein. Im Vergleich zu seinem Vorgänger TEIN 2 ermöglicht es einen noch schnelleren Datentransfer und bezieht weitere asiatische Länder ein. Das Netz soll am 8. Dezember in Vientiane (Laos) im ASEM-Workshop zu Informations- und Kommunikationstechnologien offiziell eingeweiht werden.

24. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1581&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Gruppe "Arbeitgeber" ruft europäische Banken und EU-Institutionen zur Wiederherstellung des Unternehmervertrauens auf

Am 21. Oktober 2008, inmitten einer Finanzkrise bislang unbekanntes Ausmaßes, erläuterte Guido Ravoet, Generalsekretär des Europäischen Bankenverbands, der Gruppe "Arbeitgeber" des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) die Strategie des europäischen Bankensektors zur Wiederherstellung des Unternehmervertrauens.

24. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=CES/08/94&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Bericht der Kommission über die Stärken des europäischen Handels in einer sich wandelnden Weltwirtschaft

In einem neuen Bericht der Europäischen Kommission wird die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zum Ende eines Jahrzehnts, das durch raschen Wirtschaftswandel gekennzeichnet war, bewertet. Mitte der 1990er Jahre setzte eine größere Umverteilung der Marktanteile zwischen den Schwellen- und den Industrieländern, aber auch unter den Industrieländern ein. In diesem stark wettbewerbsintensiven Umfeld hat die EU ihren Anteil am Weltmarkt weitgehend halten können, während die USA und Japan an Boden verloren haben. Die EU bleibt der weltweit größte Exporteur von Fertigerzeugnissen und dominiert die Märkte für hochwertige Produkte. Im Bericht wird allerdings unterstrichen, dass die EU sich auf Investitionen in die Hochtechnologiebranche konzentrieren und ihren Marktanteil an den rasch wachsenden Volkswirtschaften Asiens erhöhen muss. Ferner werden erneut die wirtschaftlichen Argumente bekräftigt, auf denen die 2006 eingeführte auf die Globalisierung ausgerichtete handelspolitische Strategie der Europäischen Kommission aufbaute.

27. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1585&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission genehmigt 186 Millionen EUR für 143 neue LIFE+-Projekte

Die Europäische Kommission hat im Rahmen der ersten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen die Förderung von 143 neuen Projekten für das Finanzierungsinstrument für die Umwelt 2007-2013 (LIFE+) genehmigt. Die Projekte stammen aus der ganzen EU und betreffen Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltpolitik sowie Information und Kommunikation. Insgesamt stellen sie eine Investition von 367 Mio. EUR dar, wovon 186 Mio. EUR von der EU bereitgestellt werden.

27. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1588&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Förderung umweltfreundlicher Technologien: Führende EU-Forschungsinstitute starten die Europäische Allianz für Energieforschung

Die EU-Kommissare für Forschung und Energie, Janez Potočnik und Andris Piebalgs, haben heute die Initiative führender Forschungsinstitute in der Europäischen Union begrüßt, eine Europäische Allianz für Energieforschung (EERA) zu gründen. Die Allianz wird die Energieforschungskapazitäten in der EU erweitern und optimieren, indem nationale Einrichtungen von Weltniveau gemeinsam genutzt und nationale und europäische Programme zusammen durchgeführt werden. Die neue Forschungsallianz wird eine Schlüsselrolle im EU-Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) spielen und einen Beitrag zur beschleunigten Entwicklung neuer Technologien mit geringem CO₂-Ausstoß leisten, damit die EU auf dem Weg zu einer CO₂-armen Wirtschaft vorankommt.

28. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1587&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäische Automobilpolitik: Für sichere Arbeitsplätze und umweltfreundliche, erschwingliche Autos

Angesichts der besorgniserregenden Beschäftigungssituation im Automobilssektor traten die in der Expertengruppe CARS 21 vertretenen Interessengruppen zu einer hochrangigen Konferenz zusammen und einigten sich auf Schlussfolgerungen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie. Alle Teilnehmer waren der Ansicht, dass die europäische Automobilindustrie mit sauberen, sicheren und erschwinglichen Fahrzeugen die führende Rolle in der Welt übernehmen muss, um so Arbeitsplätze zu sichern und die Herausforderung durch den Klimawandel zu bewältigen. Auf der Konferenz wurde unterstrichen, dass die Autohersteller in der EU auf internationalen Märkten faire Wettbewerbsbedingungen vorfinden müssen. Zur Förderung „grüner“ Autos wird eine Taskforce gebildet, in der alle maßgeblichen Interessengruppen gemeinsam technische, rechtliche und wirtschaftliche Hürden für solche Autos untersuchen und Vorschläge zu ihrer Überwindung machen sollen.

29. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1598&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der europäische Weg zur Integration: Interkultureller Dialog und gegenseitige Achtung

Am 21. November 2008 werden sich Stimmen aus ganz Europa im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) einfinden, um im Rahmen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs die Herausforderungen für die europäische Integration zu erörtern. Die Veranstaltung umfasst eine Podiumsdiskussion, an der u.a. der neu gewählte Präsident des EWSA Mario Sepi, der italienische Schauspieler und Dramatiker Moni Ovadia und Roma-Sprachwissenschaftler und Autor Marcel Courthiade teilnehmen werden. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion findet ein Live-Konzert des berühmten multikulturellen Orchestra di Piazza Vittorio im Brüsseler Théâtre Saint-Michel statt.

29. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=CES/08/95&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Transparente Preise und mehr Sicherheit für wettbewerbsfähige und hochwertige Luftverkehrsdienste

Mehr Sicherheit und Preistransparenz sind die Kernelemente der neuen Rechtsvorschriften über den Luftverkehrsbinnenmarkt, die zum 1. November 2008 in Kraft treten. Durch sie werden die Erteilung von Genehmigungen, die Überwachung der Fluggesellschaften sowie der Marktzugang geregelt und auf diese Weise wettbewerbsfähige Luftverkehrsdienste und höhere Qualität für die Bürger gewährleistet. Zudem werden die Fluggesellschaften verpflichtet, die Ticketpreise einschließlich aller Steuern und Abgaben anzugeben. Die Flugreisenden in der Europäischen Union erhalten so die Möglichkeit, sich im Voraus über den Endpreis zu informieren und Angebote miteinander zu vergleichen. Darüber hinaus wird die preisliche Diskriminierung von Reisenden aufgrund ihres Wohnsitzes untersagt.

30. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1603&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Ganz oben auf der Tagesordnung der Europäischen Jugendwoche 2008: die künftigen Herausforderungen für junge Menschen

Die Herausforderungen, die die Zukunft für junge Menschen bereithält, werden auf der Tagesordnung der vierten Europäischen Jugendwoche vom 2. - 9. November 2008 ganz oben stehen. Überall in Europa wird es aus diesem Anlass so viele politische Diskussionen sowie kulturelle und andere Aktionen geben wie nie zuvor; für 200 ausgewählte junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in Brüssel zahlreiche Veranstaltungen organisiert.

31. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1608&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

„Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“: Minister legen in Marseille Arbeitsmethoden und Prioritäten für 2009 fest

Die Außenminister aller 43 Staaten der Euro-Mittelmeer-Partnerschaft treffen am 3. und 4. November in Marseille zusammen, um Mandat, Struktur und institutionelle Steuerung der Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ festzulegen. Diese Initiative, die auf dem Pariser Gipfel vom 13. Juli ins Leben gerufen wurde, soll den Beziehungen der EU zu den Mittelmeerländern einen neuen politischen Impuls geben, indem durch ein umfangreiches Programm mit Projekten das Gefühl der Mitverantwortung gestärkt und eine größere Breitenwirkung erzielt wird. Zu diesem Zweck werden die Minister die Einzelheiten der Kommissionsvorschläge zur Funktionsweise des gemeinsamen Vorsitzes sowie zu Zusammensetzung, Sitz und Finanzierung des Sekretariats prüfen. Um die regionale Integration voranzutreiben, werden die Minister auch Prioritäten für das Arbeitsprogramm 2009 vereinbaren.

31. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1611&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission schlägt Finanzhilfe für Ungarn und eine Erhöhung der Obergrenze für Zahlungsbilanzhilfen vor

Die Europäische Kommission hat formell eine Zahlungsbilanzhilfe für Ungarn vorgeschlagen. Sie hat darüber hinaus empfohlen, die in der Verordnung über die Bereitstellung mittelfristiger Finanzunterstützung für die Zahlungsbilanzen der EU-Mitgliedsstaaten vorgesehene Gesamtobergrenze von zurzeit 12 Mrd. auf 25 Mrd. zu erhöhen. Beide Vorschläge wurden an die Mitgliedstaaten versandt, die sie auf der Sitzung der Finanzminister (ECOFIN) am 4. November genehmigen sollen. Im Falle der geänderten Höchstgrenze müssen jedoch das Europäische Parlament und die Europäische Zentralbank vor einer formalen Annahme ihre Stellungnahmen abgeben. Trotz erheblicher Bemühungen Ungarns seit Mitte 2006, seine Haushaltslage und sein externes Ungleichgewicht zu korrigieren, gerieten die ungarischen Finanzmärkte in diesem Monat unter starkem Druck angesichts einer sich global vertiefenden und erweiternden Finanzkrise. Vor diesem Hintergrund hat die ungarische Regierung nun Schritte in die Wege geleitet, die Reduzierung des Haushaltsdefizits zu beschleunigen und die Haushaltsführung als Teil eines umfassenden Wirtschaftsprogramms zu verbessern, mit dem Ziel, das Vertrauen der Märkte zu fördern.

31. OKTOBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1612&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU und Schweiz verhandeln über vollständige Liberalisierung des Handels im Agrar- und Ernährungssektor

Die für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständige EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel und die Schweizer Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, haben heute Verhandlungen über die vollständige Liberalisierung des Agrarhandels zwischen der EU und der Schweiz aufgenommen. Angesichts der geografischen Nähe und des Volumens des bilateralen Handels liegt eine vollständige Liberalisierung eindeutig im beiderseitigen Interesse. Die bevorstehenden Verhandlungen sind eine logische Fortsetzung des Liberalisierungsprozesses, der mit dem Abkommen von 1972 eingeleitet wurde und, was die Landwirtschaft anbelangt, im Agrarabkommen von 1999 verankert ist.

4. NOVEMBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1625&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Staatliche Beihilfen: Konsultation zu überarbeiteten Regeln für die staatliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Die Europäische Kommission hat einen Mitteilungsentwurf veröffentlicht, in dem sie die Regeln darlegt, die sie bei der beihilferechtlichen Bewertung der staatlichen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zugrunde legen will. Die Mitgliedstaaten und andere betroffene Akteure haben nun bis zum 15. Januar 2009 die Möglichkeit, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Im Mittelpunkt des Interesses dürften unter anderem die Grundsätze für die Definition des öffentlich-rechtlichen Auftrags, die Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Tätigkeiten auf einzelstaatlicher Ebene sowie die Frage stehen, inwieweit der Spielraum der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit Blick auf die Herausforderungen der neuen Medienlandschaft auszuweiten ist. Auf der Grundlage der Stellungnahmen wird die Kommission voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 2009 eine neue Rundfunkmitteilung annehmen. Von Januar bis März 2008 fand bereits eine erste Konsultation zu den allgemeinen Grundsätzen der Überarbeitung statt (siehe IP/08/24).

4. NOVEMBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1626&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU-Fischerei: Bericht über Verstöße bestätigt Notwendigkeit einer Reform der Kontrollregelung

Die Europäische Kommission hat heute ihren siebten Jahresbericht über schwerwiegende Verstöße gegen die Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) veröffentlicht. Der Bericht, dem die Berichte der Mitgliedstaaten zu Grunde liegen, behandelt die im Jahr 2006 festgestellten Verstöße. 2006 wurden 10 362 Verstöße aufgedeckt; die von den Mitgliedstaaten verhängten Geldstrafen beliefen sich im Schnitt auf 1548 EUR. Die häufigsten Verstöße betreffen die Lagerung, Verarbeitung, den Verkauf und die Beförderung von Fischereierzeugnissen, die nicht den geltenden Vermarktungsnormen entsprechen, sowie unerlaubten Fischfang. Die Kommission ist weiter besorgt über die niedrige Aufdeckungsrate und die geringe Höhe der von den Mitgliedstaaten verhängten Sanktionen. Außerdem reichen die von den Mitgliedstaaten gelieferten Informationen wieder nicht aus, um der Kommission brauchbare Schlussfolgerungen zur tatsächlichen Durchsetzung der GFP zu ermöglichen. Die Kommission bereitet derzeit eine vollständige Überarbeitung der bestehenden GFP-Kontrollverordnung vor und wird insbesondere die Einführung von harmonisierten Verwaltungssanktionen vorschlagen, mit denen die Willkür des derzeitigen Systems korrigiert würde.

4. NOVEMBER 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1627&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Neue Vorschriften über Pestizidrückstände:

Verbesserung der Lebensmittelsicherheit in der EU

Heute ist eine Verordnung zur Änderung und Vereinfachung der Vorschriften über Pestizidrückstände in Kraft getreten. Damit hat die Europäische Kommission einen großen Fortschritt bei ihren Bemühungen erzielt, die Lebensmittelsicherheit in der Europäischen Union zu verbessern. Mit den neuen Vorschriften wurden harmonisierte Rückstandshöchstgehalte (RHG) für Pestizide festgelegt. Sie gewährleisten die Lebensmittelsicherheit für alle Verbraucher und ermöglichen den Händlern und Importeuren einen reibungslosen Ablauf ihrer Geschäftstätigkeit, da Unklarheiten beim Umgang mit 27 Listen nationaler RHG beseitigt wurden. Bei der früheren Regelung konnten bei demselben Pestizid für dieselbe Kulturpflanze je nach Mitgliedstaat unterschiedliche RHG zur Anwendung kommen. Dies warf Fragen vonseiten der Verbraucher, Landwirte und Händler auf. Die Verordnung (EG) Nr. 396/2005 ist das Ergebnis großer gemeinsamer Anstrengungen der Kommission, der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der Mitgliedstaaten.

EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou erklärte hierzu: „Der heutige Tag stellt einen Meilenstein bei unseren Bemühungen um sichere Lebensmittel in Europa dar. Die neuen Vorschriften beruhen auf dem Prinzip, dass die in einem Mitgliedstaat hergestellten bzw. von einem Mitgliedstaat eingeführten Lebensmittel für die Verbraucher in allen Mitgliedstaaten sicher sein müssen. Sie gewährleisten, dass die Pestizidrückstände in Lebensmitteln möglichst gering sind und keine schädlichen Auswirkungen auf die in der EU lebenden Menschen haben.“

Ein klares System zur Festlegung von Rückstandshöchstgehalten

Verbraucher können Pestiziden ausgesetzt sein, da auf geernteten Pflanzen geringe Mengen davon als Rückstände verbleiben. Die in Lebensmitteln enthaltenen Rückstandsmengen dürfen keine Gefahr für die Verbraucher darstellen. Darüber hinaus müssen sie möglichst gering sein, d. h. sie müssen der geringsten Menge entsprechen, die es ermöglicht, bei der Verwendung auf Kulturpflanzen die gewünschte Wirkung zu erzielen. Ein RHG gibt die rechtlich maximal zulässige Rückstandsmenge eines Pestizids in oder auf Lebens- oder Futtermitteln an.

Die neue Verordnung umfasst ca. 1100 Pestizide, die derzeit oder früher in der Landwirtschaft innerhalb und außerhalb der EU eingesetzt wurden bzw. werden. Sie enthält RHG-Werte für 315 landwirtschaftliche Erzeugnisse. Diese RHG-Werte gelten ebenfalls für verarbeitete Erzeugnisse, und zwar in angepasster Form, damit einer eventuellen Verdünnung oder Konzentration Rechnung getragen wird.

Die neuen Vorschriften gewährleisten die Sicherheit aller Verbrauchergruppen, einschließlich Säuglingen, Kindern und Vegetariern. Die EFSA ist für die Sicherheitsbewertung zuständig, wobei sie sich auf die Eigenschaften des Pestizids, die zu erwartenden Höchstgehalte in Lebensmitteln und die unterschiedlichen Essgewohnheiten der europäischen Verbraucher stützt.



21. SEPTEMBER 2008

Notwendigkeit der Überarbeitung

Die vorherige RHG-Regelung war zu kompliziert, da sie harmonisierte EU-Vorschriften und abweichende nationale Vorschriften miteinander kombinierte. Dies brachte Unklarheiten darüber mit sich, welche RHG tatsächlich gültig waren. Die Regelung erschwerte den Händlern und Importeuren das Leben und führte zu Fragen vonseiten der Verbraucher, vor allem dann, wenn Lebensmittel den in einem Mitgliedstaat festgelegten RHG überschritten, in anderen Mitgliedstaaten jedoch zulässig waren.

Kontrolle und Durchsetzung

Die Landwirte, Händler und Importeure sind verantwortlich für die Lebensmittelsicherheit, also auch für die Einhaltung der RHG-Werte. Die Zuständigkeit für die Kontrollen und die Durchsetzung der RHG liegt bei den Behörden der Mitgliedstaaten.

Die Kommission führt Inspektionen in den Mitgliedstaaten durch, um deren Kontrolltätigkeiten zu überprüfen und zu bewerten.

RHG-Werte: Einsehbar und transparent

Ab heute können Sie auf der Website der Europäischen Kommission eine Datenbank abfragen, die Auskunft darüber gibt, welcher RHG-Wert für welche Kulturpflanzen und welche Pestizide gilt. Diese neu entwickelte Datenbank ist kostenlos zugänglich und benutzerfreundlich gestaltet, damit für alle

Bürger transparente und aktuelle Informationen zu den EU-Vorschriften über Pestizidrückstände verfügbar sind.

Zugang zur Datenbank unter:

http://ec.europa.eu/sanco_pesticides/public/index.cfm

Weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/food/plant/protection/pesticides/index_en.htm



EU Institutionen vereinbaren gemeinsame Vorgehensweise für eine bessere Kommunikation mit den Bürgern



22. OKTOBER 2008

Heute (22.10.08) wurde im Europäischen Parlament eine politische Erklärung unterzeichnet, mit der eine engere Zusammenarbeit der EU Institutionen und der Mitgliedstaaten bei der Kommunikation über Europa erreicht werden soll. Die Erklärung mit dem Titel „Europa partnerschaftlich kommunizieren“ wurde von Alejo Vidal-Quadras, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, vom französischen Staatssekretär Jean-Pierre Jouyet im Namen des Rates der Europäischen Union und von Margot Wallström, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, unterzeichnet.

Alejo Vidal-Quadras erklärte: „Mehr Information und bessere Kommunikation sind notwendig, wenn wir das Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger an der Europäischen Union steigern und ihnen die Errungenschaften der Europäischen Union in Bezug auf ihr tägliches Leben bewusst machen wollen. Wir müssen sie vom Wert des gemeinschaftlichen Projekts überzeugen, das ein Garant für Frieden und ein einzigartiges Modell für solidarisches Leben und Arbeiten ist. Ich begrüße die gemeinsamen Anstrengungen der Institutionen, die im Bereich der Kommunikation an einem Strang ziehen wollen.“

Jean-Pierre Jouyet ergänzte: „Wir alle wissen, dass Kommunikation ein Schlüsselement ist, wenn es darum geht, die Öffentlichkeit von den Vorzügen der Europäischen Union zu überzeugen, und wir müssen den Ergebnissen der kürzlich durchgeführten Volksbefragungen Rechnung tragen. Ich hoffe, dass

die drei EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten dank dieser politischen Erklärung ihre Zusammenarbeit in diesem Bereich verstärken, insbesondere in den kommenden Monaten mit Blick auf die Europawahlen.“

Margot Wallström erklärte: „Kommunikation basiert auf Planung, Priorisierung und partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Dies sind die wesentlichen Instrumente für eine erfolgreiche Kommunikation. Die vorliegende politische Erklärung schafft einen Rahmen, in dem wir diese Instrumente wirksam einsetzen können. In der heutigen Welt ist Kooperation unverzichtbar geworden. Es ist wichtig, dass sich die Mitgliedstaaten und die EU Institutionen bei der Kommunikation über Europa gegenseitig abstimmen. Die EU muss die globalen Herausforderungen annehmen. Alle Schlüsselakteure, die am EU Entscheidungsprozess beteiligt sind, müssen über die relevanten Fragen diskutieren, informieren und Erläuterungen geben.“

In Anbetracht des eher niedrigen Kenntnisstands der Unionsbürgerinnen und -bürger über die Europäische Union wird in der Erklärung betont, dass die EU Institutionen und die Mitgliedstaaten der bürgernahen Kommunikation über Europa höchste Bedeutung beimessen.

Den Zielen der politischen Erklärung zufolge sollen den Bürgerinnen und Bürgern zweckmäßige und objektive Informationen über EU Themen und Politiken zur Verfügung gestellt werden, und zwar in einer Sprache,

die sie verstehen, und auf eine Weise, die ihren Erwartungen entspricht.

Mit dieser politischen Erklärung haben die EU Institutionen und die Mitgliedstaaten ihren Willen bekräftigt, Synergien zu entwickeln, um die Kommunikationsherausforderung gemeinsam zu meistern. Sie haben sich auf einen pragmatischen partnerschaftlichen Ansatz geeinigt, bei dem die Kommunikationsstellen der Mitgliedstaaten und Institutionen auf jährlicher Basis gemeinsame Kommunikationsprioritäten und Aspekte der praktischen Zusammenarbeit festlegen.

Die Kommission wurde gebeten, jeweils zum Jahresende über die Umsetzung der Erklärung zu berichten. ■

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/dgs/communication/index_de.htm

http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/index_de.htm

Gleichbehandlung für alle Leiharbeiternehmer

Die Europäische Kommission begrüßte heute die Entscheidung des Europäischen Parlaments, den Vorschlag für eine Richtlinie über Leiharbeit zu billigen. Das Europäische Parlament verabschiedete den im Juni 2008 festgelegten gemeinsamen Standpunkt des Rates ohne Änderungen, so dass die Richtlinie möglichst rasch in Kraft treten kann. Die derzeit mehr als 3 Millionen Leiharbeiternehmer in der gesamten EU kommen somit in den Genuss einer besseren Absicherung ihrer Arbeitsbedingungen.

Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung und Soziales, erklärte: „Die heutige Entscheidung bedeutet einen großen Fortschritt in Richtung eines sozialen Europas, in dem der Schutz aller Leiharbeiternehmer gewährleistet ist. Die Einigung zeigt auch, dass ein Europa mit 27 Mitgliedstaaten entscheidungsfähig ist und allen Bürgern einen greifbaren Nutzen bringt. Wenn zugleich auch die Sozialpartner gemeinsam vorgehen, sind echte Gewinne sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Unternehmen möglich.“

Er fügte hinzu: „Ich danke dem Berichterstatter Harlem Désir für seine Bemühungen um eine zügige Annahme des Vorschlags. Ich hoffe, dass diese Einigung den Weg freimacht für eine rasche Einigung auch zur Arbeitszeitrichtlinie - auf der Grundlage des schwierigen Kompromisses, den die Mitgliedstaaten beim Rat im Juni erreichen konnten. Ich hoffe auch, dass es nun zur dringend benötigten Einigung über die Neufassung der Richtlinie über die europäischen Betriebsräte in Anlehnung an die Vorgaben des Vorschlags der Kommission und der gemeinsamen Stellungnahme der Sozialpartner kommt. Vor dem Hintergrund der derzeitigen problematischen Wirtschaftslage ist dies besonders wichtig.“

Die Richtlinie zur Leiharbeit gewährleistet Folgendes:

- Gleichbehandlung ab dem ersten Beschäftigungstag von Leiharbeiternehmern und regulär beschäftigten Arbeitnehmern hinsichtlich der grundlegenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen (Entgelt, Urlaub, Arbeitszeit, Ruhezeiten und Mutterschaftsurlaub), soweit von den Sozialpartnern nicht anders vereinbart;
- gleichen Zugang zu gemeinsamen Einrichtungen/Diensten (Kantine, Kinderbetreuungseinrichtungen, Verkehrsdienste);
- besseren Zugang der Leiharbeiternehmer zur Weiterbildung sowohl während einer Entsendung als auch zwischen zwei Einsendungen.

Am 10. Juni 2008 kamen die im Rat versammelten Mitgliedstaaten zu einer Einigung über die lange diskutierte Leiharbeitsrichtlinie, die von der Kommission erstmals im März 2002 vorgeschlagen worden war (siehe IP/02/441). Der Rat legte seinen gemeinsamen Standpunkt offiziell am 15. September 2008 fest. Die Kommission und die Sozialpartner - sowohl auf europäischer als auch auf sektoraler Ebene - befürworteten die vom Rat erzielte Einigung.

Nach der Billigung durch das Europäische Parlament sollte die Richtlinie im Dezember offiziell vom Rat angenommen werden und innerhalb von drei Jahren in Kraft treten. ■

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/employment_social/labour_law/index_de.htm



22. OKTOBER 2008

Staatliche Beihilfen:

Kommission fordert von Ungarn Ende der Haftungsfreistellung zugunsten der Käuferin der ungarischen Postabank

Die Europäische Kommission hat Ungarn gemäß den EU-Beihilfenvorschriften aufgefordert, die Haftungsfreistellung für unbekannte Forderungen, die Erste Bank bei der Privatisierung der Postabank gewährt worden war, zu beenden. Nach einer eingehenden Untersuchung, die im Oktober 2004 eingeleitet worden war (siehe IP/04/1258), ist die Kommission zu dem Schluss gelangt, dass diese Maßnahme gegen die Beihilfenvorschriften verstößt, weil ein umsichtig handelnder privater Kapitalgeber der Käuferin der Postabank keine unbegrenzte Freistellung gewährt hätte. Obwohl diese Regelung bereits vor dem EU-Beitritt Ungarns eingeführt worden war, ist die Kommission befugt, diese Maßnahme zu prüfen, weil zum Zeitpunkt des Beitritts (1. Mai 2004) nicht genau definiert war, in welchem Umfang der ungarische Staat für solche Forderungen finanziell eintreten muss. Da jedoch nach Ansicht der Kommission die damaligen Schreiben der Kommissionsdienststellen an die ungarische Regierung in Bezug auf die Pflicht zur genauen Definition des finanziellen Risikos des Staates nicht eindeutig waren, muss Erste Bank die Beihilfe nicht zurückzahlen.

Am 20. Oktober 2004 leitete die Kommission wegen der Haftungsfreistellung für unbekannte Forderungen, die der ungarische Staat den Bietern bei der Privatisierung von Postabank anbot, eine förmliche Untersuchung ein (siehe IP/04/1258). Am 20. Oktober 2003 hatte Erste Bank mit dem höchsten Gebot Postabank in einem offenen Ausschreibungsverfahren gekauft. Die Freistellung war bis zum 29. April 2004 unbegrenzt. Erst zu diesem Zeitpunkt beschränkte Erste Bank von sich aus die potenziellen Zahlungs-

verpflichtungen des ungarischen Staates und den Anwendungsbereich der Regelung auf bestimmte Risikokategorien.

Die Untersuchung ergab, dass der Teil der Freistellung, der vor dem Beitritt genau definiert worden war, gemäß dem Beitrittsvertrag mit Ungarn nach dem Beitritt nicht mehr anwendbar war und infolgedessen keiner weiteren Prüfung bedurfte.

Der andere Teil jedoch gilt auch nach dem Beitritt, da die finanziellen Ausfallrisiken des ungarischen Staates zum Zeitpunkt des Beitritts nicht hinreichend definiert waren. Nicht erfüllt war vor allem das Kriterium, dass genau festgelegt sein muss, unter welchen Umständen der Staat eine Tilgung leistet.

Bei dem förmlichen Untersuchungsverfahren stellte die Kommission fest, dass der Teil der Maßnahme, der auch nach dem Beitritt gilt, eine staatliche Beihilfe darstellt. Obwohl die Haftungsfreistellung im Rahmen eines offenen, nicht an Bedingungen geknüpften Ausschreibungsverfahrens gewährt wurde, hätte ein umsichtiger privater Verkäufer keine derartige unbegrenzte Verpflichtung gegenüber dem Käufer von Postabank übernommen. Durch die Gewährung der Freistellung hat Erste Bank somit einen wirtschaftlichen Vorteil erhalten.

Die Kommission fand keine Rechtsgrundlage für eine Genehmigung dieser Beihilfe, da weder die Leitlinien für Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen noch andere Beihilferahmen Anwendung finden. Die Kommission hat Ungarn deshalb aufgefordert, den Teil der Maßnahme, der noch nach dem Beitritt fortbestand, aufzuheben.



22. OKTOBER 2008

Bisher sind im Rahmen der Freistellung keine Zahlungen erfolgt. Die Kommission hat entschieden, dass Erste Bank Ungarn den erhaltenen Vorteil nicht zurückzahlen muss, da die beteiligten Parteien zum Zeitpunkt der Privatisierung noch nicht von dem Erfordernis in Bezug auf Haftungsfreistellungen Kenntnis haben konnten, dass Risiken vor dem Beitritt genau

definiert und vollständig aufgeführt sein müssen, um nach dem Beitritt als nicht mehr anwendbar zu gelten. ■

Hintergrund

In den Jahren 2003 und 2004 meldete Ungarn im Rahmen des Übergangsverfahrens nach Anhang IV Nummer 3 der Beitrittsakte für vor dem Beitritt gewährte staatliche Beihilfen eine Reihe von Maßnahmen aus den Jahren 1995 bis 2003 zugunsten von Postabank és Takarékpénztár Rt an.

Am 20. Oktober 2004 erklärte die Kommission einen Großteil dieser Maßnahmen, darunter auch eine Kapitalzuführung von 152 Mrd. HUF von 1998, für nach dem Beitritt ungültig. Nur die Haftungsfreistellung für unbekannte Forderungen wurde als nach dem Beitritt noch anwendbare Maßnahme angesehen, und die Kommission leitete nur für diese Maßnahme ein förmliches Prüfverfahren ein.

Sobald alle Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz vertraulicher Daten geklärt sind, wird die nicht vertrauliche Fassung der Entscheidung über das Beihilfenregister

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/register/ auf der Website der GD Wettbewerb http://ec.europa.eu/competition/index_de.html

unter der Nummer C 35/2004 http://ec.europa.eu/competition/state_aid/register/ii/by_case_nr_c2004_0030.html#35 zugänglich gemacht. Über neu im Internet und im Amtsblatt veröffentlichte Beihilfeentscheidungen informiert der elektronische Newsletter „State Aid Weekly e-News“. http://ec.europa.eu/competition/state_aid/newsletter/index.html

IP/04/1258

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/1258&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en>

Grünes Licht für umweltfreundliche, energieeffiziente Fahrzeuge

Die Europäische Kommission ist erfreut über die Unterstützung, die sie heute vom Europäischen Parlament für ihren Vorschlag zur Förderung einer breiten Markteinführung sauberer und energieeffizienter Fahrzeuge im Rahmen der öffentlichen Beschaffung erhielt. Hierdurch sollen der Kraftstoffverbrauch sowie CO₂- und Schadstoffemissionen von Straßenfahrzeugen reduziert werden. Gegenstand der Abstimmung im Europäischen Parlament war ein Kompromiss mit den Mitgliedstaaten, die den Vorschlag in Kürze ebenfalls annehmen dürften.

Antonio Tajani, der für den Bereich Verkehr zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, äußerte sich wie folgt: „Diese Zustimmung des Parlaments ist für die Energie-, Klima- und Umweltpolitik der Europäischen Union ein wichtiger Schritt. Der öffentliche Sektor in Europa wird durch die Förderung neuer, besserer Fahrzeugtechnologien für ein künftiges nachhaltiges Verkehrssystem ein Beispiel geben. Markt und Bürger erhalten ein deutliches Signal dahingehend, dass energiesparende, umweltfreundliche Technologien wettbewerbsfähig sind.“

Mit der vorgeschlagenen Richtlinie sollen zum ersten Mal Energieverbrauch, CO₂- und Schadstoffemissionen obligatorische Kriterien für die Vergabe öffentlicher Lieferaufträge für Fahrzeuge werden. Die Richtlinie gilt für Behörden und Unternehmen in öffentlicher Hand sowie für Unternehmen, die öffentliche Personenverkehrsdienste erbringen. Bei der Kaufentscheidung spielen somit nicht nur der Preis, sondern auch die Umweltauswirkungen über die gesamte Lebensdauer eines Fahrzeugs eine Rolle. Bei der Umsetzung der

Richtlinie im Einzelnen ist für lokale Behörden ein flexibler Ansatz vorgesehen.

In der Richtlinie wird eine einheitliche Methodik festgelegt, anhand deren die über die gesamte Lebensdauer anfallenden Kosten des Energieverbrauchs, der CO₂-Emissionen und der Schadstoffemissionen finanziell bewertet werden. So ist eine transparente Gegenüberstellung der Investitionskosten und der mit dem Betrieb verbundenen Kosten bei Fahrzeugen möglich. Eine Kaufentscheidung in Kenntnis der Sachlage wird dadurch erleichtert, und die Kosten für Nutzer und Gesellschaft können eingedämmt werden.

Es wird damit gerechnet, dass die Richtlinie Wirkungen zeitigen wird, die über ihren unmittelbaren Geltungsbereich hinausgehen. Das öffentliche Beschaffungswesen ist ein zentrales Marktsegment mit großer Außenwirkung und kann Entscheidungen der Unternehmen und der Privatkunden beeinflussen. Daher dürfte die Richtlinie langfristig zu einer wesentlich rascheren und breiteren Markteinführung sowie - aufgrund von Skalenerträgen - zu einer Kostensenkung bei saubereren und energieeffizienten Fahrzeugen führen. Dies wird in der Folge zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Minderung des CO₂- und Schadstoffausstoßes des gesamten Fahrzeugparks in Europa beitragen.

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/transport/clean/index_en.htm

http://ec.europa.eu/transport/clean/promotion/index_en.htm



22. OKTOBER 2008

BioMarine:

Die integrierte Meerespolitik der EU im Rampenlicht

Die Europäische Kommission begrüßt das internationale maritime Forum BioMarine, das sich mit der Nachhaltigkeit der Ozeane und innovativen Lösungen befasst. Das Forum wird unter der Schirmherrschaft der französischen EU-Präsidentschaft organisiert und führt Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen. Diese wichtige Veranstaltung gibt den europäischen Akteuren aus dem maritimen Bereich die Möglichkeit, die Entwicklung eines integrierten Ansatzes für maritime Angelegenheiten stärker voranzutreiben. Joe Borg, für maritime Angelegenheiten und Fischerei zuständiges Kommissionsmitglied, wird auf der abschließenden Plenarsitzung am 24. Oktober in Marseille eine Bilanz der Fortschritte ziehen, die im Rahmen der integrierten Meerespolitik der EU erzielt wurden.

Präsident Barroso erklärte bei der Eröffnung der Veranstaltung Anfang dieser Woche: „Als ich den Anstoß zur Entwicklung dieser neuen europäischen Politik gab, bestand das Ziel darin, den engen, sektorinternen Ansatz für die Behandlung von Meeresfragen zu überwinden. Heute können wir feststellen, dass wir uns in Europa auf dem besten Wege zu einer neuen umfassenden Politikgestaltung für den maritimen Bereich befinden. Ich beglückwünsche Frankreich zu seiner wichtigen Rolle in diesem Prozess und zu der Einsicht, die es bewiesen hat, indem es sich schon lange vor Übernahme der EU-Präsidentschaft für den neuen integrierten Ansatz für die Ozeane und Meere eingesetzt hat.“

Kommissar Borg kommentierte: „BioMarine bietet der Europäischen Kommission eine ausgezeichnete Gelegenheit für einen offenen Gedankenaustausch mit europäischen Interessenträgern aus dem maritimen

Bereich. Das umfangreiche Programm des Forums zeigt, welches Potenzial die europäischen Meere und Ozeane bergen, und gibt Anstöße für eine sektorübergreifende Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Politiken und Betroffenen. Für die integrierte Meerespolitik der Europäischen Union lässt dies viel Gutes erwarten.“

In seiner Rede wird sich Kommissar Borg auf Forschung, Innovation und meerespolitische Entscheidungsfindung, das Hauptelement einer integrierten Politikgestaltung, konzentrieren. Die Bemühungen um ein stärker integriertes System für die Meeresüberwachung in Europa und insbesondere im Mittelmeerraum, die die Kommission in enger Zusammenarbeit mit der Präsidentschaft unternimmt, sind in diesem Zusammenhang ebenfalls von großer Bedeutung. Ein umfassender und kontinuierlicher Dialog und eine ebensolche Zusammenarbeit mit den Interessenträgern sind weitere wichtige Impulse für die integrierte Meerespolitik. Darüber hinaus will die Kommission gegen Ende des Jahres unter anderem einen Fahrplan für die maritime Raumplanung vorlegen, der ein wichtiges Instrument für eine integrierte meerespolitische Entscheidungsfindung bilden wird.

Die integrierte Meerespolitik der EU

Die integrierte Meerespolitik der EU basiert auf einem sektorübergreifenden Ansatz für die meerespolitische Entscheidungsfindung sowie auf einem Bündel konkreter Maßnahmen, mit denen die verschiedenen sektorspezifischen Politiken auf europäischer Ebene besser aufeinander abgestimmt werden sollen. Eines der übergeordneten Ziele der Strategie besteht darin, die Spitzenstellung der europäischen Meeresindustrie in punkto



22. OKTOBER 2008



Technologie und Innovation zu sichern und zugleich die Ressource, von der diese Industrie abhängt – d. h. die Meere - zu erhalten. Einige unlängst verabschiedete Initiativen der Kommission (z. B. die Strategie für Meeresforschung und maritime Forschung und die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie) sowie ein erstes Strategiepapier über die Herausforderungen und Möglichkeiten für eine bessere Integration der Meeresüberwachungssysteme in Europa gehen auf diese Herausforderungen ein. Alle diese Themen werden im Rahmen von BioMarine, das innovative Lösungen und Konzepte für meeresbezogene Tätigkeiten vorstellt, zur Sprache kommen.

Das BioMarine-Forum

Ziel von BioMarine ist es, Dialog und Networking zwischen Interessenträgern anzubahnen und zu erleichtern, um besser auf die nachhaltige Entwicklung sämtlicher meeresbezogenen Tätigkeiten hinzuarbeiten. In den 40 Sitzungen werden renommierte Sachverständige aus aller Welt und mit unterschiedlichem Hintergrund (u. a. Wissenschaftler, politische Entscheidungsträger, Vertreter der Meeresindustrie und der Zivilgesellschaft) eine Vielzahl von meeresbezogenen Themen erörtern.

Das BioMarine-Forum startete am 20. Oktober in Toulon und wird vom 22. bis 24. Oktober in Marseille fortgesetzt. ■

Weitere Informationen:

Das BioMarine-Forum: www.biomarine.org

Die integrierte Meerespolitik für die EU:

<http://ec.europa.eu/maritimeaffairs>

Die Rede von Präsident Barroso für BioMarine:

http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/59615_7609_512k.wmv

Rechte und Solidarität als Wegweiser für die Globalisierung

Eine Antwort auf die Finanzkrise

Debatte anlässlich der Wahl von Mario Sepi am 22. Oktober 2008

Anlässlich der Wahl von Mario Sepi zum Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses beteiligten sich Vladimír Špidla, für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit zuständiges Kommissionsmitglied, Emilio Gabaglio, Vorsitzender des Europäischen Beschäftigungsausschusses und Maria João Rodrigues, Universitätsinstitut ISCTE, Lissabon, an der Debatte über das Thema "Rechte und Solidarität als Wegweiser für die Globalisierung" auf der Plenartagung des EWSA am 22. Oktober 2008.

Das Thema "Rechte und Solidarität", das Präsident Sepi ganz besonders am Herzen liegt, ermöglichte eine Debatte über den Hintergrund der aktuellen Finanzkrise. Nach Sepi ist "das europäische Sozialmodell mit seinem Bestand an Rechten, Sicherheiten und Solidarität die einzige Möglichkeit zur Bekräftigung eines wettbewerbsfähigen Entwicklungsmodells".

Ebenso müssten "mittels langfristiger Investitionen das Wachstum gefördert und die Sparer abgesichert werden, um das Vertrauen wieder herzustellen und der Globalisierung mit einem auf Qualität abzielenden Entwicklungsmodell zu begegnen".

Kommissionsmitglied Špidla beglückwünschte Mario Sepi herzlich zur Wahl zum Präsidenten des EWSA und sprach ihm seine volle Unterstützung für die drei Schwerpunkte der neuen Präsidentschaft aus. Er fügte hinzu, dass "die Annahme des Vertrags von Lissabon, das europäische Sozialmodell und die Lissabon-Strategie drei Leit motive für das Handeln der Union sind", und dass "die

Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem Ausschuss in diesen Themenbereichen noch enger gestaltet werden kann".

Špidla verwies auf die "Schlüsselrolle des Ausschusses im Rahmen der partizipativen Demokratie" und betonte, dass "der hohe Stellenwert des EWSA in der organisierten Zivilgesellschaft insbesondere bei den Beiträgen zur Lissabon-Strategie einen bedeutenden Zusatznutzen erbracht hat." Diesbezüglich bekräftigte Maria João Rodrigues, die maßgeblich an der Erarbeitung der Lissabon-Strategie beteiligt war, dass es immer schon Ziel der Lissabon-Strategie gewesen sei, "erhöhte Wettbewerbsfähigkeit, mehr Beschäftigung und einen besseren sozialen Zusammenhalt miteinander zu verbinden." "Es ist wichtig", so Rodrigues, "über eine einheitliche Agenda für strukturelle Veränderung im Sinne der Wachstumsstrategie und zur Bewältigung dieser Strukturkrise zu verfügen."

Emilio Gabaglio, der insbesondere im Bereich der Beschäftigung engagiert ist, beteiligte sich an der Debatte und bekräftigte, dass "Europa in der Krise der Finanzmärkte gezeigt hat, dass es die Initiative ergreifen und zusammenhalten kann. Jetzt muss mit Entschlossenheit gehandelt werden, um verheerende Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung zu vermeiden. Dafür müssen auch außergewöhnliche koordinierte Maßnahmen - wie z.B. ein europäisches Infrastruktur-Investitionsprogramm - ergriffen werden."

Die Vorsitzenden der drei Gruppen im EWSA, Henri Malosse (Gruppe I, Arbeitgeber, Fran-



23. OKTOBER 2008

reich), Georgios Dassis (Gruppe II, Arbeitnehmer, Griechenland) und Staffan Nilsson (Gruppe III, Verschiedene Interessen, Schweden), signalisierten ihre Unterstützung für Präsident Sepi und verwiesen auf die wachsende Bedeutung der beratenden Funktion des EWSA und seiner Aufgabe, sich mit den wichtigsten sozioökonomischen Herausforderungen zu befassen, vor denen die EU heute stehe.

Die Vizepräsidentin des Ausschusses, Irini Pari, betonte außerdem in der anschließenden Pressekonferenz "die Bedeutung des Ausschusses in diesen schwierigen Zeiten als Ort des Dialogs und des Konsenses für die maßgeblichen wirtschaftlichen und sozialen Kräfte unserer Gesellschaften".

"Was Europa von den anderen internationalen Akteuren unterscheidet," - so Irini Pari weiter - "ist eben genau diese Solidarität zwischen Ländern und Institutionen, die sich heute mit konkreten Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung befassen und sich dabei für Innovation, Kreativität und neue Chancen einsetzen".

Schließlich konnten im Zuge der Debatte verschiedene Analysen bekräftigt werden, die der EWSA in früheren Stellungnahmen zu den Finanzmärkten zum Ausdruck gebracht hat, vor allem in "Tendenzen, Strukturen und institutionelle Mechanismen der internationalen Kapitalmärkte" (18. September 2002, Berichterstatter: Mario Sepi) und "Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Entwicklung auf den Finanzmärkten" (26. September 2007, Berichterstatter: Olivier Derruine).

Das sind die Themen, die in den letzten Jahren vom Ausschuss angesprochen wurden und die heute aktueller denn je sind:

- die Suche nach einer neuen Architektur des Währungs- und Finanzmarkts bedarf neuer Impulse, damit die Intensität der Krisen, die ihn in den neunziger Jahren erschüttert haben, verringert und die Wiederholung solcher Krisen vermieden wird;
- die Notwendigkeit größerer Transparenz und des ordnungspolitischen Eingreifens angesichts von Regeln, die entweder überholt oder geografisch so begrenzt sind, dass das Phänomen nicht eingedämmt werden kann;
- die Bedeutung einer Aufsicht über die Großbanken auf europäischer Ebene;
- die dringende Notwendigkeit, den Risiken für die Arbeitnehmer und die Unternehmen zu begegnen.

"Wir haben in unseren Stellungnahmen die Forderung vorweggenommen, Antworten auf die akuten Probleme zu finden, die jetzt mit der Krise über uns hereingebrochen sind", so Präsident Sepi abschließend. ■

Bürgerforum „Energie“

der Europäischen Kommission soll Energieverbrauchern in der EU größere Auswahl und günstigere Bedingungen ermöglichen

Meglana Kuneva und Andris Piebalgs, die für Verbraucherschutz beziehungsweise Energie zuständigen EU-Kommissionsmitglieder eröffneten heute in London die erste Sitzung des neuen Bürgerforums „Energie“, das als Plattform dienen soll, um Verbraucherrechte auf dem Energiemarkt EU-weit durchzusetzen. Das Forum soll Verbraucherprobleme aufgreifen, praktische Lösungen zur Umsetzung der momentan noch theoretischen EU-weiten Verbraucherrechte in die Praxis vorschlagen und die rechtlichen Rahmenbedingungen auf dem Endkundenmarkt verbessern. In dem Forum befassen sich Verbraucherorganisationen, Vertreter der Industrie, Regulierungsbehörden und staatliche Stellen gemeinsam mit zentralen Fragen wie dem Wechsel des Energieversorgers, der benutzerfreundlichen Abrechnung, der intelligenten Verbrauchsmessung oder dem Schutz von sozial Schwächeren.

„Hohe Energiepreise sind ein Thema, das den Bürgern Europas größte Sorgen bereitet. Wir brauchen EU-weite Bemühungen, um in Bereichen wie der transparenten Abrechnung, der intelligenten Verbrauchsmessung und dem Anbieterwechsel höhere Standards zu erreichen, damit die Verbraucher eine echte Auswahl haben, ihren Verbrauch senken können und angemessene Leistungen für ihr Geld erhalten. Wir müssen den Energiemarkt aufmerksam beobachten, um gegebenenfalls gegen Fehlverhalten vorgehen zu können. In Anbetracht des bevorstehenden Winters müssen wir zudem den Schutz sozial schwächerer Verbraucher ganz oben auf die politische Tagesordnung setzen“, so das für Verbraucherschutz zuständige Kommissionsmitglied Meglana Kuneva.

„Angesichts der gestiegenen Energiekosten und der jüngsten Ereignisse auf den Weltfinanzmärkten ist es von zentraler Bedeutung, dass wir eng zusammenarbeiten, um die Interessen der Verbraucher zu schützen und Ergebnisse zu erzielen, die für unsere Bürger etwas bewirken können. Dass erstmals Vertreter der Verbraucher an einem solchen Forum teilnehmen, gibt der Angelegenheit eine neue Dynamik und verleiht der Stimme der Verbraucher auf dem Energiemarkt beträchtliches Gewicht“, sagte Andris Piebalgs, das für Energie zuständige Kommissionsmitglied.

Das Bürgerforum „Energie“ soll den Verbrauchern helfen, indem es dazu beiträgt, ihre EU-weit bestehenden Rechte durchzusetzen und ihnen klare, verständliche Informationen über die verfügbaren Auswahlmöglichkeiten beim Kauf von Gas und Strom zu liefern. Die Idee zu diesem Forum geht auf das dritte Vorschlagspaket der Kommission zum Energiebinnenmarkt zurück und wurde bei der Konferenz über die Rechte der Energieverbraucher im Mai 2008 von den Kommissionsmitgliedern Kuneva und Piebalgs vorgestellt. Das Forum wird Empfehlungen ausarbeiten, die auf eine bessere Durchsetzung der Rechte der Energieverbraucher und bessere Endkundenmärkte für Strom und Gas abzielen.

Diskussionsthemen des Bürgerforums „Energie“:

Abrechnung: Für den durchschnittlichen Verbraucher ist eine Gas- oder Stromrechnung der einfachste und beste Indikator des Energieverbrauchs. Die Rechnungen müssen daher übersichtlich und genau sein und einen Vergleich zwischen verschiedenen Anbietern ermöglichen.



28. OKTOBER 2008

Energieeffizienz: Bei energiebetriebenen Geräten muss die Effizienz einfach und deutlich angegeben werden.

Anbieterwechsel: Anbieterwechsel müssen einfach, schnell und ohne zusätzliche Kosten vollzogen werden können. Informationen über die Modalitäten eines Wechsels müssen verständlich und leicht zugänglich sein.

Intelligente Verbrauchsmessung: Dank neuer Technologien sind eine genauere Abrechnung des Verbrauchs sowie eine bessere Aufschlüsselung und Erklärung der Kosten möglich. Die Energieversorger können Verbraucher gemäß ihrem Verbrauchsprofil besser beraten.

Schutz sozial schwächerer Verbraucher: Menschen, deren Überleben von Energie abhängt, müssen geschützt werden. Dementsprechend befasst sich das Forum etwa mit folgenden Fragen: Wie kann die Versorgung von Menschen, die auf Herz- und Atmungsunterstützungssysteme oder Dialysen angewiesen sind, sichergestellt werden? Wie soll verfahren werden, wenn Menschen in finanziellen Schwierigkeiten stecken und ihre Energierechnungen nicht bezahlen können? Behörden, Verbraucherorganisationen und die Industrie sollten Lösungen für diese Probleme ausarbeiten.

Nach Berechnungen der Kommission kann eine durchschnittliche Familie in der EU durch geschicktes Auswählen jährlich 1000 Euro oder sogar mehr bei Gas- und Stromrechnungen sparen. Dieses Auswählen hat erhebliche Auswirkungen, zumal in der EU rund 40 % der Energie der EU in Wohnungen und Gewerberäumen verbraucht wird. Die damit verbundene Verringerung des Kohlenstoffausstoßes stellt eine weitere positive Begleiterscheinung dar.

Hintergrund

Parallel dazu beobachtet die EU weiterhin die Energiemärkte. Von der Europäischen Kommission erhobene umfassende

Markt- und Verbraucherdaten, die anzeigen, inwieweit Gas- und Strommärkte den Verbrauchern gerecht werden, werden in die Arbeit des Forums einfließen. Diese Daten werden jährlich als Teil einer erweiterten Marktanalyse, des sogenannten „Verbraucherbarometers“, veröffentlicht. Dank einer neuen Befugnis, die ihnen durch das dritte Energiepaket erteilt wurde, erstatten die Mitgliedstaaten dem Forum außerdem Bericht über ihre Beobachtung der Preise für die Haushalte, der Anbieterwechselraten und der Beschwerden. ■

Website der Europäischen Kommission zu den Rechten der Energieverbraucher:

http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/consumers/index_en.htm

Website der Europäischen Kommission zur Informationskampagne für die Rechte der Energieverbraucher und die Öffnung der Energiemärkte:

<http://www.agathepower.eu/>

Strategie für den Ostseeraum:

Kommission startet öffentliche Online-Konsultation

Danuta Hübner, EU-Kommissarin für Regionalpolitik, wird heute eine breit angelegte Online-Konsultation zur künftigen Strategie der EU für den Ostseeraum eröffnen. Die Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, NRO, Regierungsstellen und die breite Öffentlichkeit sind aufgerufen, sich bis zum 31. Dezember 2008 zu dieser Strategie zu äußern. Die wichtigsten Ziele der Strategie sind die Verbesserung des Umweltstandards der Ostsee, die Förderung einer ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung der Region sowie bessere Zugänglichkeit und Sicherheit.

Kommissarin Hübner sagte: „Seit der Erweiterung der Europäischen Union 2004 ist die Ostsee praktisch ein Binnengewässer der EU geworden. Wir möchten den Ostseeraum zu einer Schlüsselregion in Europa und weltweit ausbauen und diesen Raum sauber, lebenswert, attraktiv und sicher machen. Für den Erfolg unserer Strategie müssen wir mit den Mitgliedstaaten, Regionen und Städten, dem privaten Sektor, Interessengruppen und der Öffentlichkeit zusammenarbeiten. Wir möchten möglichst viele Menschen mit an Bord nehmen und starten daher diese Online-Konsultation. Wir brauchen Ihre Ideen, Ihre Energie, Ihr Wissen und Ihre Erfahrung, damit wir zum Nutzen aller die optimalen Ergebnisse erzielen können.“

Themen der Konsultation

In der Konsultation wird um Reaktionen zu den vier vorgeschlagenen Hauptzielen der Strategie gebeten:

Nachhaltiger Umweltschutz in der Region: Ein hohes Maß an Verschmutzung beeinträchtigt Wasser, Böden, Luft und die biologische Vielfalt. Die Ostsee ist geschädigt

durch Eutrophierung (Sauerstoffmangel), Überfischung, Gefahrstoffe und invasive Arten. Außerdem bestehen Probleme mit Atommülllagerung und Risikovermeidung. Mehr Wohlstand für die Region: Um die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums zu steigern und zu erhalten, müssen die acht EU-Ostseeanrainerstaaten (Schweden, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Litauen und Polen) untereinander, mit dem Rest der EU und auf dem Weltmarkt besser zusammenarbeiten. Kleine und mittlere Unternehmen müssen Innovationen fördern, und die EU-Rechtsvorschriften müssen in vollem Umfang umgesetzt werden, insbesondere im Hinblick auf den Binnenmarkt.

Bessere Zugänglichkeit und höhere Attraktivität der Region: Große Entfernungen innerhalb der Region und zum übrigen Europa sind ein Nachteil für den Ostseeraum. Auch inkompatible Verkehrssysteme stellen ein Problem dar. Bis 2020 wird der Frachtverkehr auf der Ostsee um voraussichtlich 60-80 % steigen, wobei insbesondere mit erhöhtem Aufkommen aus Russland, Mittelasien und Fernost zu rechnen ist. Angesichts dieser Situation muss dringend gehandelt werden. Eine solide und effiziente Energieversorgung genießt ebenfalls Priorität, vor allem angesichts der derzeitigen Schwankungen der Energiepreise. Die nationalen Stromnetze und Gaspipelines müssen besser miteinander verknüpft werden.

Erhöhung der Sicherheit in der Region: Die Strategie konzentriert sich auf die Prävention des organisierten Verbrechens (Menschen- und Drogenhandel, Internetkriminalität usw.), Korruptionsbekämpfung und das Vorgehen gegen Rassismus und Frem-



3. NOVEMBER 2008

denfeindlichkeit. Angestrebt wird eine bessere Zusammenarbeit der Polizeikräfte sowie die Förderung der öffentlichen Gesundheit und des Krisenmanagements. Die Sicherheit wirtschaftlicher Tätigkeiten im Seeverkehr und der Schutz kritischer Infrastruktur (Verkehr, Energie und Informationsnetze) bilden einen weiteren Schwerpunkt.

Hintergrund

Auf dem Europäischen Rat im Dezember 2007 forderten die Mitgliedstaaten die europäische Kommission auf, eine EU-Strategie für den Ostseeraum zu erarbeiten.

Kommissarin Hübner und der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt veranstalteten am 30. September in Stockholm (IP/08/1430) eine erste Konferenz über die künftige

Strategie. Weitere Debatten im Rahmen des Konsultationsprozesses finden in Danzig (13. Nov.), Kopenhagen (1.-2. Dez.), Helsinki (9. Dez.) und Rostock (5.-6. Feb. 2009) statt. Die Konsultation, die auch Nicht-EU-Mitgliedstaaten wie der Russischen Föderation, Island und Norwegen offen steht, dient der Vorbereitung einer Mitteilung der Kommission, mit der die Strategie im Juni 2009 offiziell vorgeschlagen wird. Die Mitteilung wird flankiert durch einen Aktionsplan, in dem die wichtigsten Akteure, die Finanzinstrumente für die Durchführung sowie einen Zeitrahmen genannt werden. Die Annahme der Strategie wird einer der Schwerpunkte der schwedischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2009 sein. ■

Die Konsultationen ist zugänglich auf:

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/baltic/consultation_en.htm

Europäische Kommission schlägt neue Strategie vor, um die Rohstoffversorgung der EU zu sichern

Rohstoffe werden für Industrieprodukte jeglicher Art benötigt. Die europäische Industrie muss Rohstoffe aus Europa und aus anderen Ländern in ausreichender Menge und zu fairen Bedingungen beziehen können. Bei bestimmten Hochtechnologiemetallen ist die EU äußerst importabhängig, und es wird zunehmend schwierig, sie zu bekommen. Viele rohstoffreiche Länder behindern mit protektionistischen Maßnahmen Rohstoffexporte nach Europa, um ihre eigene Industrie zu begünstigen. Darunter leiden in Europa etliche Industrieunternehmen. Außerdem versuchen Schwellenländer, sich in rohstoffreichen Ländern, vor allem in Afrika, privilegierten Zugang zu Rohstoffen zu verschaffen. Wenn Europa jetzt nicht handelt, drohen seiner Industrie Wettbewerbsnachteile. Deshalb hat die Kommission heute einen Vorschlag für eine umfassende Strategie vorgelegt, die gezielte Maßnahmen vorsieht, um die Rohstoffversorgung der europäischen Industrie zu sichern und zu verbessern.

Kommissionsvizepräsident Verheugen, zuständig für Unternehmen und Industrie: „Wir müssen handeln, damit die Versorgung unserer Industrie mit Rohstoffen nicht ins Stocken gerät. Wir brauchen faire Bedingungen auf außereuropäischen Märkten, Rahmenbedingungen, die die langfristige Nutzung europäischer Rohstoffquellen ermöglichen, mehr Ressourceneffizienz und mehr Recycling. Wir wollen dafür sorgen, dass die europäische Industrie auch in Zukunft eine führende Rolle bei der Entwicklung neuer Technologien und innovativer Produkte spielen kann. Ich bin mit meinen

Kollegen Cathy Ashton, Benita Ferrero-Waldner, Louis Michel und Stavros Dimas übereingekommen, bei der Umsetzung dieser Strategie eng zusammenzuarbeiten.“

Ohne Rohstoffe keine industrielle Produktion. In einem Mobiltelefon werden beispielsweise 40 verschiedene Stoffe verwendet wie Lithium, Tantal, Kobalt und Antimon, und diese Stoffe sind immer schwieriger zu bekommen. Auch für Rechner und Fernsehbildschirme werden diese Metalle benötigt. Für einen Rechner braucht man rund 60 verschiedene Rohstoffe, von denen manche in Europa nicht vorkommen. Wegen steigender Nachfrage aus Schwellenländern wie China und Indien sind die Preise für diese Stoffe gestiegen.

Obwohl die Rohstoffpreise vor kurzem wieder nachgegeben haben, sind sie historisch betrachtet immer noch hoch. Das macht den Abbau neuer Rohstoffvorkommen in der EU wirtschaftlich. Allerdings herrschen in der EU derzeit Rahmenbedingungen, die das erschweren.

Durch Recycling lässt sich die Abhängigkeit von Rohstoffimporten erheblich mindern. Doch werden viele Altstoffe illegal exportiert und gehen der EU so für das Recycling verloren.



4. NOVEMBER 2008

Die Kommission empfiehlt die Aufstellung einer Liste kritischer Rohstoffe und eine umfassende Strategie, die drei Hauptziele verfolgt:

1. Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt zu gleichen Bedingungen für alle,
2. Rahmenbedingungen, die eine dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen Quellen begünstigen,
3. Steigerung der Ressourceneffizienz und Förderung des Recycling in der EU.

Wissenswertes über nichtenergetische Rohstoffe

Die Herstellung technisch anspruchsvoller Produkte erfordert zunehmend kritische Rohstoffe, vor allem Hochtechnologie-metalle. Wurden in den 1980er Jahren für die Herstellung von Computerchips 12 Rohstoffe benötigt, so sind es heute bis zu 60.

Es gibt über 450 Exportbeschränkungen für 400 verschiedene Rohstoffe wie Metalle, Holz, Chemikalien, Felle und Häute und sogar für Sekundärrohstoffe wie Metallschrott. Ein Beispiel für solche marktverzerrenden Beschränkungen sind die von Russland erhobenen Exportabgaben auf Holz und Holzprodukte. Sie behindern in der EU bereits die Produktion in der Holz verarbeitenden Industrie und gefährden dort Tausende von Arbeitsplätzen. Noch größerer Schaden ist zu befürchten, wenn die russische Regierung nächstes Jahr die Exportabgaben wie geplant weiter erhöht.

Viele wichtige Rohstoffe werden nur in wenigen Ländern erzeugt. China erzeugt 95 % aller Konzentrate seltener Erden (sie werden für elektronische Kleingeräte, Flüssigkristallanzeigen und Hochleistungsmagnete gebraucht), Brasilien erzeugt

90 % allen Niobs (Bestandteil von hochfesten Stahllegierungen und von Superlegierungen für thermisch hoch belastete Bauteile von Flugtriebwerken), und Südafrika erzeugt 79 % allen Rhodiums (wird für Abgaskatalysatoren von Kfz gebraucht).

Bedeutende Rohstoffvorkommen liegen in Teilen der Welt, die politisch und wirtschaftlich instabil sind. Über 50 % der wichtigsten Vorkommen liegen in Ländern mit einem Bruttonationaleinkommen von 10 US-Dollar oder weniger pro Kopf und Tag.

Die Industrie der EU verwendet in großem Umfang Sekundärrohstoffe. So können in der Bauindustrie 10-20 % der primären Zuschlagstoffe durch Recycling-Zuschlagstoffe ersetzt werden, und die in der EU erzeugten Metalle stammen heute zu 40 bis 60 % aus Schrott.

Recycling hat den Vorteil, dass es Energie spart. Das gilt vor allem für die Metallerzeugung, wo bei Verarbeitung von Sekundärrohstoffen (Schrott) weit weniger Energie verbraucht wird als bei der Verarbeitung von Primärrohstoffen. So erfordert das Wiedereinschmelzen von Aluminiumschrott nur 5 % der elektrischen Energie, die zur Verarbeitung von Aluminium nötig ist.

The Raw Materials Initiative - siehe nächste Seite

The Raw Materials Initiative

		Level of response		
		EC	Member States	Industry
1	Define critical raw materials	X	X	X
2	Launch of EU strategic raw materials diplomacy with major industrialised and resource rich countries	X	X	
3	Include provisions on access to and sustainable management of raw materials in all bilateral and multilateral trade agreements and regulatory dialogues as appropriate	X	X	
4	Identify and challenge trade distortion measures taken by third countries using all available mechanisms and instruments, including WTO negotiations, dispute settlement and the Market Access Partnerships, prioritising those which most undermine open international markets to the disadvantage of the EU. Monitor progress by issuing yearly progress reports on the implementation of the trade aspects, drawing, as appropriate, on inputs from stakeholders	X	X	X
5	Promote the sustainable access to raw materials in the field of development policy through the use of budget support, cooperation strategies and other instruments	X	X	
6	Improve the regulatory framework related to access to land by: - promoting the exchange of best practices in the area of land use planning and administrative conditions for exploration and extraction and		X	
	- developing guidelines that provide clarity on how to reconcile extraction activities in or near Natura 2000 areas with environmental protection	X		
7	Encourage better networking between national geological surveys with the aim of increasing the EU's knowledge base		X	
8	Promote skills and focussed research on innovative exploration and extraction technologies, recycling, materials substitution and resource efficiency	X	X	X
9	Increase resource efficiency and foster substitution of raw materials	X	X	X
10	Promote recycling and facilitate the use of secondary raw materials in the EU	X	X	X

Herbstprognose 2008-2010: BIP-Wachstum in der EU und im Eurogebiet kommt fast zum Stillstand

Das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union wird voraussichtlich im Jahr 2008 mit 1,4 % nur die Hälfte des Wertes von 2007 erreichen und im Jahr 2009 noch einmal deutlich bis auf 0,2 % absinken, bevor es 2010 schrittweise wieder auf 1,1 % ansteigt (für das Eurogebiet werden 1,2 %, 0,1 % und 0,9 % erwartet). Die Herbstprognose der Kommission zeigt, dass sich die Finanzkrise stark auf die Wirtschaft in der EU auswirkt und die wegen der Lage am Immobilienmarkt in mehreren Mitgliedstaaten ohnehin schwierigen Probleme zu einem Zeitpunkt, an dem die Auslandsnachfrage rasch nachlässt, noch verschärft. Zwar konnte durch die umfangreichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte erreicht werden, dass wieder Vertrauen aufgebaut wird, doch bleiben die Situation prekär und die Prognosen mit beträchtlichen Risiken behaftet. Folglich dürfte die Beschäftigung im Zeitraum 2009-2010 nur minimal zunehmen, nachdem im Zeitraum 2007-2008 immerhin 6 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, und die Arbeitslosigkeit dürfte im Prognosezeitraum wieder um ca. 1 % ansteigen, nachdem sie den niedrigsten Wert seit über zehn Jahren erreicht hatte. Positiv ist zu vermerken, dass der Inflationsdruck wegen der sinkenden Ölpreise abnimmt und dass sich die Risiken von Zweitrundeneffekten abschwächen. Nach dem Erreichen ihres besten Standes seit 2000 wird sich die Haushaltslage insgesamt wieder verschlechtern, und die Rettungspakete könnten zu einem Anstieg der Staatsschulden führen.

„Der wirtschaftliche Horizont hat sich jetzt erheblich verdüstert, da die Europäische Union die Folgen der Finanzkrise zu spüren bekommt, die sich im Herbst verschlimmert und das Vertrauen bei Unternehmen und Verbrauchern beeinträchtigt. Die Schwellenländer halten sich bisher noch besser als die EU und die USA, aber auch sie werden wohl kaum verschont bleiben. Wir müssen auf EU-Ebene koordiniert handeln, um die Wirtschaft zu unterstützen - in der Art, wie wir es für den Finanzsektor getan haben. Die Kommission erläuterte letzte Woche ihre Vorstellungen für Maßnahmen zur Unterstützung des Aufschwungs, die auf eine Ankurbelung der Investitionen und die Förderung von Beschäftigung und Nachfrage abzielen. Wir möchten jetzt die Vorstellungen der Mitgliedstaaten hören und dann vor allem zu einem Konzept für ein gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene kommen,“ so Joaquín Almunia, der für Wirtschafts- und Währungsfragen zuständige Kommissar.

Nach der heute veröffentlichten Wirtschaftsprognose der Kommission wird das Wirtschaftswachstum in der EU stark zurückgehen und im Jahr 2008 nur noch 1,4 % erreichen. Im Jahr 2007 lag es noch bei 2,9 %. Für 2009 wird ein Stillstand der EU-Wirtschaft erwartet, das Wachstum wird dann nur noch 0,2 % erreichen, bevor es sich im Jahre 2010 wieder bis auf 1,1 % erholt. Die entsprechenden Zahlen für das Eurogebiet in diesem Zeitraum sind 1,2 %, 0,1 % und 0,9 %. Der Wert für 2007 betrug 2,7 %.

Starkes Nachlassen des globalen Wachstums

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte in diesem Jahr deutlich sinken und nur noch 3,75 % erreichen, im Jahr 2009 sogar nur noch 2,25 % nach der außergewöhnlich guten Leistung von durchschnittlich 5% im Zeitraum 2004-2007. Dies wird zunächst besonders die Industrieländer betreffen, aber in zunehmendem Maße auch die Schwellenländer. Ursache dafür sind die Finanzkrise und der derzeitige Verfall der Immobilienpreise in vielen Ländern, aber auch die sich mit Verzögerung auswirkenden hohen Rohstoffpreise. Im Jahr 2010 dürfte mit der Stabilisierung der Finanzmärkte, die sich positiv auf Vertrauen und Handel auswirken wird, wieder ein allmählicher Anstieg des Wachstums zu erwarten sein.

Die Prognose bleibt belastet durch erhebliche Unsicherheit über die Frage, wer letzten Endes die Hauptlast der Kreditausfälle tragen wird und welches deren Ausmaß sein wird. Die Kreditkonditionen haben sich erheblich verschärft, und trotz der jüngsten Kapitalspritzen dürfte der Bankensektor das Deleverage fortsetzen, so dass die Kredite weiter knapp gehalten werden.

Trübe Aussichten für die EU

Angesichts solcher Rahmenbedingungen und zunehmend pessimistisch ausfallender Fakten und Zahlen in den letzten Monaten wird jetzt für das dritte Quartal 2008 ein Rückgang des BIP sowohl in der EU als auch im Eurogebiet erwartet. Auch auf längere Sicht bleiben die Aussichten trübe, zumal die Wirtschaft in mehreren Ländern der EU in eine Rezession gerät oder kurz davor steht.

Bei den Investitionen, die Hauptmotor des letzten Aufschwungs waren, ist ein besonders abrupter Rückgang zu beobachten, was auf die Auswirkungen gleich mehrerer Schocks zurückzuführen ist: eine nachlassende Nachfrage und ein spürbarer Vertrauensverlust bei den Investoren, strengere Finanzierungsbedingungen und geringere Verfügbarkeit von Krediten.

Der Verbrauch dürfte in diesen unsicheren Zeiten zurückhaltend bleiben, obwohl das Wachstum des verfügbaren Realeinkommens sich wieder erholen dürfte, wenn die Inflationwirkung der höheren Rohstoffpreise nachlässt.

Die Nettoausfuhren werden voraussichtlich das BIP positiv beeinflussen, da die Einfuhren wohl stärker zurückgehen dürften als die Ausfuhren, was zum Teil den günstigen Auswirkungen der jüngsten Abwertung des Euro in Bezug auf seinen realen effektiven Wechselkurs zuzuschreiben ist.

Beschäftigung und Staatsfinanzen stark betroffen

Die Beschäftigung wird im Zeitraum 2009-2010 mit etwa 250 000 neuen Stellen in der EU und 500 000 neuen Stellen im Eurogebiet zunehmen, das ist deutlich weniger als die 6 Millionen neuer Arbeitsplätze, die in der EU im Zeitraum 2007-2008 entstanden sind (davon 4 Millionen im Eurogebiet). Folglich dürfte die Arbeitslosigkeit in den nächsten zwei Jahren um etwa 1 % zunehmen. Daraus würde für 2009 eine Arbeitslosenquote von 7,8 % in der EU und von 8,4 % im Eurogebiet resultieren, wobei 2010 sogar noch ein weiterer Anstieg möglich ist.

Die ungünstigen Prognosen werden sich auf die Staatsfinanzen auswirken und unter der üblichen Annahme einer unveränderten Politik dazu führen, dass das Defizit bei den gesamtstaatlichen Haushaltssalden von unter 1 % des BIP im Jahre 2007 in der EU 2008 auf 1,6 %, 2009 auf 2,3 % und 2010 auf 2,6 %, steigen wird. Für das Eurogebiet wird ein Anstieg des Defizits auf 1,3 % in diesem Jahr, auf 1,8 % im Jahr 2009 und auf 2 % im Jahr 2010 erwartet. Die meisten Länder werden betroffen sein, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Auch die Ungewissheiten über die haushaltspolitischen Auswirkungen der finanziellen Rettungspakete belasten die diesbezüglichen Perspektiven.

Inflation dürfte rasch zurückgehen

Erfreulich ist hingegen, dass die Inflation in der EU ihren Höhepunkt überschritten haben dürfte und 2009 wohl rasch bis auf 2,5 % und 2010 auf etwa 2,25 % zurückgehen wird (für das Eurogebiet werden 2,2 % und 2,1 % erwartet). In diesen Aussichten ist allerdings ein leichter Aufwärtstrend gegenüber der Frühjahrsprognose aufgrund des Anstiegs der Rohstoffpreise im Sommer enthalten. Andererseits verringern der jüngste deutliche Rückgang der Rohstoffpreise, die deutlich geringeren Wachstumserwartungen und die Entspannung am Arbeitsmarkt die Gefahr von Zweitrundeneffekten erheblich.

Abwärtsrisiken herrschen vor

Diese Prognose ist durch erhebliche Ungewissheiten und Abwärtsrisiken belastet. Der finanzielle Druck könnte sich noch erhöhen, könnte länger anhalten oder sich stärker auf die Realwirtschaft auswirken und damit zu weiteren negativen Auswirkungen führen. Das würde den derzeitigen Verfall an einigen Immobilienmärkten noch verstärken, Bilanzen unter Druck setzen und könnte sowohl den notwendigen Deleverage-Prozess im Finanzsektor behindern als auch über negative Effekte für Wohlstand und Vertrauen auch den privaten Verbrauch bremsen. Andererseits dürften bei einer Verschlechterung der Wachstumsaussichten die Rohstoffpreise in Zukunft eher fallen als steigen. Dadurch würde der Inflationsdruck sinken und Inflationsrisiken ausgeglichen.

Ein ausführlicherer Bericht ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article13288_en.htm

HERBSTVORAUSSCHÄTZUNGEN 2008

WICHTIGSTE WIRTSCHAFTSINDIKATOREN 1992 - 2010

(a) BIP zu konstanten Preisen (jährl. prozentuale Veränderung)

	Durchschnittswert über 5 Jahre							Schätzun- gen 2008	Voraus- Schätzun- gen 2009	Szenario unveränder- ter Politik 2010	
	1992-96	1997-01	2002-06	2004	2005	2006	2007				
BE	1.5	2.6	2.1	3.0	1.8	3.0	2.8	1.4	0.1	0.9	BE
DE	1.4	2.1	0.9	1.2	0.8	3.0	2.5	1.7	0.0	1.0	DE
IE	5.9	9.1	5.5	4.7	6.4	5.7	6.0	-1.6	-0.9	2.4	IE
EL	1.1	3.8	4.3	4.9	2.9	4.5	4.0	3.1	2.5	2.6	EL
ES	1.5	4.4	3.3	3.3	3.6	3.9	3.7	1.3	-0.2	0.5	ES
FR	1.2	3.0	1.7	2.5	1.9	2.2	2.2	0.9	0.0	0.8	FR
IT	1.2	2.0	0.9	1.5	0.6	1.8	1.5	0.0	0.0	0.6	IT
CY	5.5	4.2	3.3	4.2	3.9	4.1	4.4	3.7	2.9	3.2	CY
LU	2.6	6.3	4.4	4.5	5.2	6.4	5.2	2.5	1.2	2.3	LU
MT	5.0	3.4	2.0	1.1	3.5	3.1	3.7	2.4	2.0	2.2	MT
NL	2.5	3.7	1.6	2.2	2.0	3.4	3.5	2.3	0.4	0.9	NL
AT	1.8	2.6	2.2	2.5	2.9	3.4	3.1	1.9	0.6	1.3	AT
PT	1.6	3.8	0.7	1.5	0.9	1.4	1.9	0.5	0.1	0.7	PT
SI	2.0	4.2	4.3	4.3	4.3	5.9	6.8	4.4	2.9	3.7	SI
SK	-	2.7	5.9	5.2	6.5	8.5	10.4	7.0	4.9	5.5	SK
FI	1.3	4.6	3.0	3.7	2.8	4.9	4.5	2.4	1.3	2.0	FI
€ area	1.5	2.8	1.7	2.2	1.7	2.9	2.7	1.2	0.1	0.9	€ area
BG	-2.8	2.0	5.7	6.6	6.2	6.3	6.2	6.5	4.5	4.7	BG
CZ	2.3	1.2	4.6	4.5	6.3	6.8	6.0	4.4	3.6	3.9	CZ
DK	2.6	2.4	1.9	2.3	2.5	3.9	1.7	0.7	0.1	0.9	DK
EE	-	6.6	8.4	7.5	9.2	10.4	6.3	-1.3	-1.2	2.0	EE
LV	-8.7	6.3	9.0	8.7	10.6	12.2	10.3	-0.8	-2.7	1.0	LV
LT	-8.4	5.0	8.0	7.4	7.8	7.8	8.9	3.8	0.0	-1.1	LT
HU	0.6	4.6	4.3	4.8	4.0	4.1	1.1	1.7	0.7	1.8	HU
PL	4.9	4.4	4.1	5.3	3.6	6.2	6.6	5.4	3.8	4.2	PL
RO	1.4	-0.9	6.2	8.5	4.2	8.2	6.0	8.5	4.7	5.0	RO
SE	1.2	3.3	3.2	4.1	3.3	4.1	2.7	1.4	0.0	1.8	SE
UK	2.5	3.4	2.5	2.8	2.1	2.8	3.0	0.9	-1.0	0.4	UK
EU	1.4	2.9	2.0	2.5	2.0	3.1	2.9	1.4	0.2	1.1	EU
US	3.3	3.5	2.7	3.6	2.9	2.8	2.0	1.5	-0.5	1.0	US
JP	1.4	0.5	1.8	2.7	1.9	2.4	2.1	0.4	-0.4	0.6	JP

(b) Bruttoanlageinvestitionen in Ausrüstungen (jährl. prozentuale Veränderung)

	Durchschnittswert über 5 Jahre							Schätzun- gen 2008	Voraus- Schätzun- gen 2009	Szenario unveränder- ter Politik 2010	
	1992-96	1997-01	2002-06	2004	2005	2006	2007				
BE	-0.5	6.2	2.0	7.5	5.4	5.1	8.2	6.4	-1.8	0.9	BE
DE	-2.9	6.3	2.9	4.6	6.0	11.1	6.9	5.4	-4.4	0.3	DE
IE	8.9	10.0	5.6	9.5	21.7	-4.5	14.1	-20.0	0.0	2.0	IE
EL	7.4	10.9	10.7	12.7	-1.0	14.2	9.1	8.0	5.3	5.8	EL
ES	-0.1	9.1	5.1	5.1	9.2	10.2	10.0	0.8	-5.2	-0.9	ES
FR	0.8	7.6	1.2	2.3	3.2	2.8	5.8	2.1	-2.1	0.2	FR
IT	0.1	5.2	0.9	3.0	1.3	3.5	-0.1	-0.7	-1.4	0.4	IT
CY	-	5.3	4.3	16.1	-5.6	15.5	4.9	5.0	1.3	1.0	CY
LU	-4.2	11.0	2.2	20.8	4.6	2.5	22.2	2.5	-3.0	1.5	LU
MT	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	MT
NL	5.6	6.1	2.8	-2.5	3.2	14.1	8.7	8.6	-5.0	-0.9	NL
AT	2.9	2.9	0.5	-1.8	6.9	-0.8	5.9	2.8	-1.5	0.4	AT
PT	1.1	9.1	-0.1	5.2	1.0	7.3	8.2	3.8	-3.8	0.5	PT
SI	9.7	11.8	8.0	9.0	5.4	15.2	9.3	8.8	3.0	5.0	SI
SK	-	1.8	4.4	3.5	22.0	-6.3	4.2	6.4	4.8	5.9	SK
FI	-1.4	6.7	1.2	0.4	-0.2	4.1	11.5	2.0	0.7	2.1	FI
€ area	-	6.9	2.5	3.6	4.7	7.0	6.3	2.7	-2.9	0.5	€ area
BG	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	BG
CZ	17.0	5.6	3.2	5.2	1.2	8.1	5.2	4.0	3.5	3.8	CZ
DK	3.4	6.2	3.7	3.2	3.4	16.2	11.3	1.7	-4.0	-0.1	DK
EE	-	-	-	-	-	-	-	0.1	-3.0	2.5	EE
LV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	LV
LT	-	13.5	15.2	32.1	11.5	16.8	18.3	-5.5	-3.2	-2.6	LT
HU	-	-	-	-	-	-	-	1.6	3.8	6.4	HU
PL	-	7.1	4.8	9.0	9.9	17.1	33.3	10.4	7.4	7.1	PL
RO	6.2	9.3	15.6	8.2	17.8	28.8	26.7	21.0	9.4	9.8	RO
SE	5.1	5.9	4.5	3.9	12.3	5.6	11.1	2.3	-2.5	2.0	SE
UK	4.6	8.1	2.3	7.9	1.7	4.0	9.0	-3.2	-2.5	-0.4	UK
EU	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	EU
US	10.3	8.6	4.0	7.0	9.2	7.3	1.8	-0.3	-4.2	2.7	US
JP	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	JP

N.B. :- Wie üblich gründen sich die Vorausschätzungen unter anderem auf die technische Annahme einer "unveränderten Politik".

Dies bedeutet, dass im einzelnen noch nicht bekannte Maßnahmen, vor allem in der Haushaltspolitik, nicht berücksichtigt werden. Dementsprechend handelt es sich bei den Projektionen für 2010 im wesentlichen um eine Fortschreibung der gegenwärtigen Trends.

HERBSTVORAUSSCHÄTZUNGEN 2008

WICHTIGSTE WIRTSCHAFTSINDIKATOREN 1992 - 2010

(c) Gesamtbeschäftigung (jährl. prozentuale Veränderung)

	Durchschnittswert über 5 Jahre							Schätzun- gen 2008	Voraus- schätzun- gen 2009	Szenario unveränder- ter Politik 2010	
	1992-96	1997-01	2002-06	2004	2005	2006	2007				
BE	0.1	1.3	0.7	0.7	1.3	1.4	1.8	1.2	-0.2	0.0	BE
DE	-1.4	0.0	-0.7	-0.4	-0.5	0.2	1.6	1.2	-0.3	0.2	DE
IE	2.5	5.6	3.2	3.1	4.7	4.3	3.6	-0.2	-1.0	0.6	IE
EL	1.0	0.7	1.7	2.3	1.0	2.1	1.3	1.0	0.9	0.9	EL
ES	-0.3	4.1	2.8	2.7	3.2	3.2	3.0	-0.2	-2.0	-0.9	ES
FR	-0.5	1.7	0.5	0.1	0.6	0.8	1.4	0.7	-0.6	-0.1	FR
IT	-0.9	1.1	0.8	0.4	0.2	1.7	1.0	0.7	0.0	0.5	IT
CY	-	1.6	3.0	3.8	3.6	1.8	3.2	2.0	1.5	1.6	CY
LU	2.5	4.7	2.8	2.2	2.9	3.6	4.5	4.7	1.8	1.0	LU
MT	1.5	0.8	0.7	-0.6	1.3	1.3	2.7	1.7	0.9	1.0	MT
NL	1.0	2.4	-0.1	-1.0	0.0	1.9	2.3	1.8	0.3	0.3	NL
AT	0.0	0.8	0.6	0.3	1.2	1.4	1.8	1.8	0.2	0.3	AT
PT	-0.8	2.1	0.0	-0.1	-0.3	0.5	0.0	0.8	0.0	0.2	PT
SI	-	0.2	0.6	0.3	-0.1	1.5	3.0	1.8	0.1	0.5	SI
SK	-	-1.1	0.9	-0.2	1.4	2.3	2.1	2.2	0.8	0.6	SK
FI	-2.3	2.3	0.9	0.4	1.4	1.8	2.2	1.5	-0.1	0.0	FI
€ area	-0.6	1.4	0.6	0.5	0.7	1.4	1.7	0.9	-0.4	0.1	€ area
BG	-1.6	-0.4	2.4	2.6	2.7	3.3	2.8	3.2	1.4	1.3	BG
CZ	-	-0.8	0.4	0.1	1.1	1.7	2.7	1.1	0.6	0.3	CZ
DK	0.1	1.0	0.2	-0.6	0.8	1.6	1.7	0.7	-0.7	-1.1	DK
EE	-	-1.3	1.9	0.1	1.8	5.6	0.4	-0.5	-1.8	-0.7	EE
LV	-7.4	0.3	2.2	1.1	1.7	4.7	3.5	1.0	-3.8	-2.2	LV
LT	-2.7	-2.1	2.0	0.0	2.5	1.7	1.9	-1.3	-2.5	-1.5	LT
HU	-	1.3	0.3	-0.5	0.4	0.9	-0.1	-1.2	-0.8	0.2	HU
PL	-	-1.0	0.5	1.3	2.3	3.3	4.5	2.7	0.5	0.1	PL
RO	-2.8	-1.8	-1.1	-1.7	-1.5	0.7	0.4	1.2	0.6	0.7	RO
SE	-1.9	1.4	0.1	-0.7	0.3	1.7	2.3	0.8	-0.6	-0.2	SE
UK	0.0	1.2	0.9	1.0	1.0	0.9	0.7	0.5	-1.6	0.3	UK
EU	-	0.9	0.6	0.5	0.8	1.5	1.7	0.9	-0.5	0.1	EU
US	1.8	1.7	0.6	0.9	1.3	2.1	1.1	-0.3	-1.2	-0.1	US
JP	0.4	-0.6	-0.2	0.2	0.4	0.4	-0.2	-0.2	-1.5	0.1	JP

(d) Zahl der Arbeitslosen (in Prozent der zivilen Erwerbsbevölkerung)

	Durchschnittswert über 5 Jahre							Schätzun- gen 2008	Voraus- schätzun- gen 2009	Szenario unveränder- ter Politik 2010	
	1992-96	1997-01	2002-06	2004	2005	2006	2007				
BE	8.9	8.1	8.2	8.4	8.5	8.3	7.5	7.1	8.0	8.7	BE
DE	7.8	8.4	9.6	9.8	10.7	9.8	8.4	7.3	7.5	7.4	DE
IE	13.9	6.3	4.5	4.5	4.4	4.5	4.6	6.1	7.6	7.4	IE
EL	8.8	10.9	9.9	10.5	9.9	8.9	8.3	9.0	9.2	9.3	EL
ES	17.8	13.1	10.1	10.6	9.2	8.5	8.3	10.8	13.8	15.5	ES
FR	11.0	10.0	9.1	9.3	9.2	9.2	8.3	8.0	9.0	9.3	FR
IT	10.3	10.6	7.9	8.1	7.7	6.8	6.1	6.8	7.1	7.3	IT
CY	-	3.9	4.5	4.7	5.3	4.6	4.0	3.9	3.8	3.7	CY
LU	2.7	2.4	4.1	5.0	4.6	4.6	4.1	4.0	4.3	4.7	LU
MT	5.2	6.8	7.4	7.4	7.2	7.1	6.4	5.9	6.2	6.4	MT
NL	6.2	3.4	3.9	4.6	4.7	3.9	3.2	3.0	3.4	3.7	NL
AT	3.9	4.0	4.7	4.9	5.2	4.8	4.4	3.9	4.2	4.5	AT
PT	6.2	4.9	6.7	6.7	7.7	7.8	8.1	7.7	7.9	7.9	PT
SI	-	6.9	6.4	6.3	6.5	6.0	4.9	4.5	4.8	4.7	SI
SK	-	15.8	16.8	18.2	16.3	13.4	11.1	9.9	9.8	9.6	SK
FI	14.9	10.6	8.6	8.8	8.4	7.7	6.9	6.3	6.5	6.4	FI
€ area	10.2	9.3	8.7	9.0	9.0	8.3	7.5	7.6	8.4	8.7	€ area
BG	14.1	16.4	12.6	12.1	10.1	9.0	6.9	6.0	5.8	5.7	BG
CZ	-	7.3	7.7	8.3	7.9	7.2	5.3	5.0	5.0	5.2	CZ
DK	7.8	4.8	4.8	5.5	4.8	3.9	3.8	3.1	3.5	4.3	DK
EE	-	11.1	8.8	9.7	7.9	5.9	4.7	5.0	6.7	7.7	EE
LV	13.8	14.0	9.8	10.4	8.9	6.8	6.0	6.5	9.2	9.6	LV
LT	5.0	13.3	10.3	11.4	8.3	5.6	4.3	4.9	7.1	8.4	LT
HU	10.3	7.3	6.5	6.1	7.2	7.5	7.4	8.1	8.6	8.5	HU
PL	13.4	13.8	18.1	19.0	17.8	13.9	9.6	7.3	7.3	7.8	PL
RO	5.8	6.4	7.6	8.1	7.2	7.3	6.4	6.1	6.4	6.1	RO
SE	8.5	7.1	6.2	6.3	7.4	7.0	6.1	6.0	6.8	7.3	SE
UK	9.1	5.8	5.0	4.7	4.8	5.4	5.3	5.7	7.1	6.9	UK
EU	9.8	8.8	8.8	9.0	8.9	8.2	7.1	7.0	7.8	8.1	EU
US	6.3	4.5	5.4	5.5	5.1	4.6	4.6	5.7	7.5	8.1	US
JP	2.8	4.4	4.8	4.7	4.4	4.1	3.9	4.1	4.7	4.6	JP

N.B. :- Wie üblich gründen sich die Vorausschätzungen unter anderem auf die technische Annahme einer "unveränderten Politik".

Dies bedeutet, dass im einzelnen noch nicht bekannte Maßnahmen, vor allem in der Haushaltspolitik, nicht berücksichtigt werden.

Dementsprechend handelt es sich bei den Projektionen für 2010 im wesentlichen um eine Fortschreibung der gegenwärtigen Trends.

HERBSTVORAUSSCHÄTZUNGEN 2008

WICHTIGSTE WIRTSCHAFTSINDIKATOREN 1992 - 2010

(e) Inflation (1) (jährl. prozentuale Veränderung)

	Durchschnittswert über 5 Jahre							Schätzungen 2008	Voraus- Schätzungen 2009	Szenario unveränder- ter Politik 2010	
	1992-96	1997-01	2002-06	2004	2005	2006	2007				
BE	1.8	1.7	2.0	1.9	2.5	2.3	1.8	4.7	2.5	2.0	BE
DE	2.4	1.2	1.6	1.8	1.9	1.8	2.3	3.0	2.1	1.9	DE
IE	2.6	3.0	3.2	2.3	2.2	2.7	2.9	3.3	2.1	1.8	IE
EL	11.6	3.7	3.4	3.0	3.5	3.3	3.0	4.4	3.5	3.3	EL
ES	4.9	2.4	3.3	3.1	3.4	3.6	2.8	4.2	2.1	2.8	ES
FR	1.6	1.2	2.1	2.3	1.9	1.9	1.6	3.3	1.8	1.7	FR
IT	5.1	2.1	2.4	2.3	2.2	2.2	2.0	3.6	2.0	2.1	IT
CY	-	2.7	2.6	1.9	2.0	2.2	2.2	4.5	2.9	3.2	CY
LU	2.8	1.9	2.9	3.2	3.8	3.0	2.7	4.4	2.2	2.7	LU
MT	-	3.1	2.5	2.7	2.5	2.6	0.7	4.4	3.0	2.2	MT
NL	2.4	2.6	2.1	1.4	1.5	1.7	1.6	2.5	3.0	2.3	NL
AT	2.8	1.3	1.7	2.0	2.1	1.7	2.2	3.4	2.1	1.9	AT
PT	5.7	2.7	2.9	2.5	2.1	3.0	2.4	2.9	2.3	2.1	PT
SI	45.7	8.0	4.3	3.7	2.5	2.5	3.8	6.2	3.7	3.1	SI
SK	-	8.5	5.3	7.5	2.8	4.3	1.9	4.0	3.5	3.3	SK
FI	1.9	1.9	1.1	0.1	0.8	1.3	1.6	4.2	2.6	1.8	FI
€ area	3.6	1.8	2.2	2.2	2.2	2.2	2.1	3.5	2.2	2.1	€ area
BG	80.5	-	5.5	6.1	6.0	7.4	7.6	12.4	7.9	6.8	BG
CZ	11.2	5.6	1.5	2.6	1.6	2.1	3.0	6.6	3.1	2.7	CZ
DK	1.7	2.1	1.8	0.9	1.7	1.9	1.7	3.8	2.3	2.0	DK
EE	-	6.1	3.3	3.0	4.1	4.4	6.7	10.6	4.9	3.3	EE
LV	-	3.9	4.9	6.2	6.9	6.6	10.1	15.7	8.2	4.7	LV
LT	-	3.9	1.4	1.2	2.7	3.8	5.8	11.9	7.1	7.5	LT
HU	-	12.3	4.8	6.8	3.5	4.0	7.9	6.3	3.9	2.9	HU
PL	31.6	9.8	1.9	3.6	2.2	1.3	2.6	4.3	3.5	2.6	PL
RO	117.3	63.2	12.9	11.9	9.1	6.6	4.9	7.8	5.7	4.0	RO
SE	3.7	1.5	1.5	1.0	0.8	1.5	1.7	3.0	1.7	1.9	SE
UK	3.4	1.3	1.7	1.3	2.1	2.3	2.3	3.7	1.9	1.2	UK
EU	20.9	4.3	2.3	2.3	2.3	2.3	2.4	3.9	2.4	2.2	EU
US	2.3	1.8	2.4	2.6	2.9	2.8	2.6	3.8	1.5	0.8	US
JP	0.2	-0.2	-0.8	-0.7	-0.8	-0.3	-0.5	0.4	0.1	0.2	JP

(1) Seit 1996 Verbraucherpreise (harmonisierter Index) für die EU, Deflator des privaten Verbrauchs für die übrigen Länder.

(f) Leistungsbilanzsaldo gegenüber der übrigen Welt (in Prozent des BIP)

	Durchschnittswert über 5 Jahre							Schätzungen 2008	Voraus- Schätzungen 2009	Szenario unveränder- ter Politik 2010	
	1992-96	1997-01	2002-06	2004	2005	2006	2007				
BE	4.6	4.8	3.7	3.8	2.9	2.5	2.4	0.6	0.3	0.1	BE
DE	-1.1	-0.8	4.1	4.8	5.3	6.3	7.6	7.5	7.7	7.9	DE
IE	2.6	0.7	-1.2	0.0	-3.1	-3.6	-5.4	-5.3	-3.3	-2.9	IE
EL	-0.6	-7.0	-11.5	-10.4	-10.6	-11.4	-14.0	-14.3	-15.0	-15.5	EL
ES	-1.4	-2.4	-6.0	-5.9	-7.5	-9.0	-10.1	-9.9	-8.6	-8.2	ES
FR	0.5	1.9	-0.7	-0.6	-1.8	-2.1	-2.8	-3.5	-3.7	-3.6	FR
IT	1.0	1.2	-1.0	-0.5	-1.2	-2.0	-1.7	-2.1	-1.6	-1.6	IT
CY	-	-4.3	-4.5	-5.0	-5.9	-5.9	-9.7	-10.5	-10.3	-9.8	CY
LU	12.8	10.0	10.4	11.8	11.0	10.5	9.8	8.3	5.4	5.6	LU
MT	-	-6.4	-4.7	-5.8	-8.7	-8.2	-5.5	-6.6	-7.1	-7.3	MT
NL	4.6	4.8	7.6	8.6	7.5	9.8	9.8	7.1	7.1	6.3	NL
AT	-2.1	-1.4	2.3	2.2	2.1	2.5	3.3	3.1	2.7	2.8	AT
PT	-3.1	-8.7	-8.6	-7.8	-9.8	-10.4	-10.0	-11.6	-10.6	-10.4	PT
SI	2.5	-1.8	-1.4	-2.6	-1.8	-2.4	-4.0	-6.3	-6.3	-6.0	SI
SK	-	-6.4	-7.3	-6.6	-8.6	-7.4	-5.1	-5.6	-4.7	-3.5	SK
FI	0.7	7.2	5.8	6.7	3.9	4.9	5.3	5.6	5.0	4.9	FI
€ area	0.3	0.4	0.5	1.0	0.2	0.2	0.2	-0.3	-0.1	0.0	€ area
BG	-4.3	-2.7	-9.0	-6.5	-11.5	-18.6	-22.5	-23.8	-22.3	-21.5	BG
CZ	-2.1	-4.1	-4.4	-5.5	-1.7	-2.2	-1.5	-1.9	-2.2	-1.2	CZ
DK	1.8	1.2	3.2	3.0	4.4	2.6	1.2	1.1	1.1	1.8	DK
EE	-	-7.5	-12.4	-12.8	-10.4	-17.0	-18.5	-12.1	-8.1	-6.5	EE
LV	6.0	-7.3	-12.5	-12.8	-12.5	-22.5	-22.9	-14.5	-8.7	-6.2	LV
LT	-	-8.6	-7.4	-7.5	-7.1	-10.4	-15.1	-13.8	-8.7	-8.9	LT
HU	-	-8.0	-7.7	-8.6	-7.5	-7.5	-6.4	-6.3	-5.1	-5.5	HU
PL	0.6	-4.0	-2.4	-4.1	-1.2	-2.9	-4.5	-5.2	-6.1	-6.2	PL
RO	-	-5.0	-6.1	-5.0	-8.9	-10.6	-13.9	-13.5	-13.0	-12.6	RO
SE	1.2	4.6	6.7	6.7	6.1	8.5	8.4	4.6	4.2	4.6	SE
UK	-1.4	-1.5	-2.3	-2.1	-2.6	-3.4	-3.8	-2.8	-2.6	-1.8	UK
EU	-0.1	0.0	0.0	0.3	-0.2	-0.5	-0.7	-1.0	-0.8	-0.6	EU
US	-1.1	-2.8	-5.2	-5.4	-5.8	-5.9	-5.2	-4.6	-3.2	-2.8	US
JP	2.5	2.5	3.5	3.7	3.6	3.9	4.8	4.0	4.1	4.3	JP

N.B. : - Wie üblich gründen sich die Vorausschätzungen unter anderem auf die technische Annahme einer "unveränderten Politik".

Dies bedeutet, dass im einzelnen noch nicht bekannte Maßnahmen, vor allem in der Haushaltspolitik, nicht berücksichtigt werden.

Dementsprechend handelt es sich bei den Projektionen für 2010 im wesentlichen um eine Fortschreibung der gegenwärtigen Trends.

HERBSTVORAUSSCHÄTZUNGEN 2008

WICHTIGSTE WIRTSCHAFTSINDIKATOREN 1992 - 2010

(g) Finanzierungüberschuss (+) bzw. -defizit (-) des Gesamtstaats (in Prozent des BIP) (1)

	Durchschnittswert über 5 Jahre							Schätzun- gen 2008	Voraus- schätzun- gen 2009	Szenario unveränder- ter Politik 2010	
	1992-96	1997-01	2002-06	2004	2005	2006	2007				
BE	-5.4	-0.6	-0.5	-0.2	-2.6	0.3	-0.3	-0.5	-1.4	-1.8	BE
DE	-3.0	-1.6	-3.3	-3.8	-3.3	-1.5	-0.2	0.0	-0.2	-0.5	DE
IE	-1.7	2.4	1.2	1.4	1.7	3.0	0.2	-5.5	-6.8	-7.2	IE
EL	-9.8	-4.2	-5.2	-7.5	-5.1	-2.8	-3.5	-2.5	-2.2	-3.0	EL
ES	-5.6	-1.9	0.4	-0.3	1.0	2.0	2.2	-1.6	-2.9	-3.2	ES
FR	-4.9	-2.1	-3.2	-3.6	-2.9	-2.4	-2.7	-3.0	-3.5	-3.8	FR
IT	-8.3	-2.2	-3.5	-3.5	-4.3	-3.4	-1.6	-2.5	-2.6	-2.1	IT
CY	-	-	-3.7	-4.1	-2.4	-1.2	3.5	1.0	0.7	0.6	CY
LU	1.6	4.5	0.5	-1.2	-0.1	1.3	3.2	2.7	1.3	0.5	LU
MT	-	-7.6	-5.0	-4.7	-2.8	-2.3	-1.8	-3.8	-2.7	-2.5	MT
NL	-3.3	0.0	-1.3	-1.7	-0.3	0.6	0.3	1.2	0.5	0.1	NL
AT	-4.1	-1.6	-1.9	-4.4	-1.5	-1.5	-0.4	-0.6	-1.2	-1.4	AT
PT	-4.7	-3.4	-3.8	-3.4	-6.1	-3.9	-2.6	-2.2	-2.8	-3.3	PT
SI	-	-2.9	-2.0	-2.2	-1.4	-1.2	0.5	-0.2	-0.7	-0.5	SI
SK	-	-7.6	-3.9	-2.3	-2.8	-3.5	-1.9	-2.3	-2.2	-2.5	SK
FI	-5.8	2.8	3.2	2.4	2.9	4.1	5.3	5.1	3.6	2.4	FI
€ area	-5.0	-1.6	-2.5	-2.9	-2.5	-1.3	-0.6	-1.3	-1.8	-2.0	€ area
BG	-	1.4	1.1	1.6	1.9	3.0	0.1	3.3	2.9	2.9	BG
CZ	-	-4.4	-4.5	-3.0	-3.6	-2.7	-1.0	-1.2	-1.3	-1.4	CZ
DK	-2.5	0.9	2.5	2.0	5.2	5.2	4.5	3.1	1.1	0.4	DK
EE	-	-0.5	1.6	1.7	1.5	2.9	2.7	-1.4	-2.2	-2.8	EE
LV	-	-1.5	-1.1	-1.0	-0.4	-0.2	0.1	-2.3	-5.6	-6.2	LV
LT	-	-4.9	-1.1	-1.5	-0.5	-0.4	-1.2	-2.7	-3.6	-4.0	LT
HU	-	-5.3	-7.9	-6.4	-7.8	-9.3	-5.0	-3.4	-3.3	-3.3	HU
PL	-	-3.9	-5.0	-5.7	-4.3	-3.8	-2.0	-2.3	-2.5	-2.4	PL
RO	-	-	-1.6	-1.2	-1.2	-2.2	-2.6	-3.4	-4.1	-3.8	RO
SE	-7.7	1.2	0.7	0.8	2.4	2.3	3.6	2.6	0.5	-0.4	SE
UK	-6.1	0.6	-3.0	-3.4	-3.4	-2.7	-2.8	-4.2	-5.6	-6.5	UK
EU	-	-1.4	-2.5	-2.9	-2.4	-1.4	-0.9	-1.6	-2.3	-2.6	EU
US	-4.2	0.4	-3.6	-4.3	-3.1	-2.1	-2.8	-5.3	-7.2	-9.0	US
JP	-2.5	-7.3	-6.0	-6.2	-6.7	-1.4	-2.2	-1.9	-2.6	-3.5	JP

(1) Der Finanzierungüberschuss (-defizit) enthält 2000-2005 einmalige Erlöse aus UMTS-Lizenzen.

(h) Gesamtstaatliche Bruttoschuld (in Prozent des BIP)

								Schätzun- gen 2008	Voraus- schätzun- gen 2009	Szenario unveränder- ter Politik 2010	
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007				
BE	106.5	103.4	98.6	94.3	92.1	87.8	83.9	86.5	86.1	85.6	BE
DE	58.8	60.3	63.8	65.6	67.8	67.6	65.1	64.3	63.2	61.9	DE
IE	35.5	32.2	31.1	29.4	27.3	24.7	24.8	31.6	39.2	46.2	IE
EL	102.9	101.5	97.8	98.6	98.8	95.9	94.8	93.4	92.2	91.9	EL
ES	55.5	52.5	48.7	46.2	43.0	39.6	36.2	37.5	41.1	44.4	ES
FR	56.2	58.2	62.9	64.9	66.4	63.6	63.9	65.4	67.7	69.9	FR
IT	108.8	105.7	104.4	103.8	105.9	106.9	104.1	104.1	104.3	103.8	IT
CY	60.7	64.6	68.9	70.2	69.1	64.6	59.5	48.2	44.7	41.3	CY
LU	6.5	6.5	6.2	6.3	6.1	6.6	7.0	14.1	14.6	14.5	LU
MT	62.1	60.1	69.3	72.1	69.9	63.9	62.2	63.1	63.2	63.1	MT
NL	50.7	50.5	52.0	52.4	51.8	47.4	45.7	48.2	47.0	45.9	NL
AT	67.0	66.4	65.4	64.8	63.7	62.0	59.5	57.4	57.1	56.9	AT
PT	52.9	55.5	56.9	58.3	63.6	64.7	63.6	64.3	65.2	66.6	PT
SI	27.4	28.1	27.5	27.2	27.0	26.7	23.4	21.8	21.1	20.1	SI
SK	48.9	43.4	42.4	41.4	34.2	30.4	29.4	28.8	29.0	29.3	SK
FI	42.3	41.3	44.3	44.1	41.3	39.2	35.1	31.6	30.2	29.8	FI
€ area	68.0	67.8	69.1	69.5	70.0	68.3	66.1	66.6	67.2	67.6	€ area
BG	67.3	53.6	45.9	37.9	29.2	22.7	18.2	13.8	10.6	7.9	BG
CZ	25.1	28.5	30.1	30.4	29.8	29.6	28.9	26.6	26.4	26.3	CZ
DK	47.4	46.8	45.8	43.8	36.4	30.5	26.2	21.1	21.1	20.1	DK
EE	4.8	5.6	5.5	5.0	4.5	4.3	3.5	4.2	5.0	6.1	EE
LV	14.0	13.5	14.6	14.9	12.4	10.7	9.5	12.3	17.7	23.0	LV
LT	23.1	22.3	21.1	19.4	18.4	18.0	17.0	17.5	20.0	23.3	LT
HU	52.1	55.8	58.1	59.4	61.7	65.6	65.8	65.4	66.0	66.2	HU
PL	37.6	42.2	47.1	45.7	47.1	47.7	44.9	43.9	43.6	43.1	PL
RO	26.0	25.0	21.5	18.8	15.8	12.4	12.9	13.4	15.4	17.1	RO
SE	54.4	52.6	52.3	51.2	50.9	45.9	40.4	34.7	33.7	32.2	SE
UK	37.7	37.5	38.7	40.6	42.3	43.4	44.2	50.1	55.1	60.3	UK
EU	60.8	60.2	61.8	62.2	62.7	61.3	58.7	59.8	60.9	61.8	EU

N.B. : - Wie üblich gründen sich die Vorausschätzungen unter anderem auf die technische Annahme einer "unveränderten Politik".

Dies bedeutet, dass im einzelnen noch nicht bekannte Maßnahmen, vor allem in der Haushaltspolitik, nicht berücksichtigt werden.

Dementsprechend handelt es sich bei den Projektionen für 2010 im wesentlichen um eine Fortschreibung der gegenwärtigen Trends.

HERBSTVORAUSSCHÄTZUNGEN 2008

BEWERBERLÄNDER - WICHTIGSTE WIRTSCHAFTSINDIKATOREN

	2005	2006	2002	Schätzungen 2008	Vorausschätzungen	
					2009	2010
(a) BIP zu konstanten Preisen (jährl. prozentuale Veränderung)						
Kroatien	4.3	4.8	5.6	3.5	3.0	4.0
Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	4.1	4.0	5.1	5.5	4.6	5.0
Türkei	8.4	6.9	4.6	3.4	2.7	3.9
(b) Gesamtbeschäftigung (jährl. prozentuale Veränderung)						
Kroatien	0.8	0.8	1.8	1.0	0.7	1.0
Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	2.1	3.2	3.5	3.3	3.2	3.5
Türkei	1.4	1.3	1.1	1.0	0.4	1.4
(c) Zahl der Arbeitslosen (in Prozent der zivilen Erwerbsbevölkerung)						
Kroatien	12.7	11.2	9.6	9.2	9.0	8.7
Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	36.7	36.0	34.6	33.3	32.3	31.0
Türkei	10.2	9.9	8.5	8.8	9.5	9.1
(d) Inflation (1) (jährl. prozentuale Veränderung)						
Kroatien	3.3	3.2	2.9	6.5	4.5	4.0
Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	0.5	3.2	2.3	7.0	3.5	2.7
Türkei	8.1	9.3	8.8	10.3	9.1	7.0
(e) Leistungsbilanzsaldo gegenüber der übrigen Welt (in Prozent des BIP)						
Kroatien	-6.3	-7.9	-8.6	-10.5	-10.2	-9.4
Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	-2.7	-0.9	-3.1	-12.1	-10.0	-8.4
Türkei	-4.4	-5.8	-5.8	-6.3	-5.4	-6.0
(f) Finanzierungsüberschuss (+) bzw. -defizit (-) des Gesamtstaats (in Prozent des BIP)						
Kroatien	-4.0	-3.4	-2.8	-2.3	-2.5	-2.4
Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	0.2	-0.5	0.6	-1.0	-2.7	-2.4
Türkei	-0.6	-0.1	-1.2	-1.3	-2.5	-1.8

(1) Verbraucherpreise (harmonisierter Index)